

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 20

Erscheint Sonntags. Drauspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postbefreiung. Nur Postwegen. Lieferung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 631. Fernruf: Moripl. 8653.

Berlin, den 15. Mai 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonelle 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verfammlungsanzeigen ufw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

37. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Veränderung im Verbandsauschuß.** Durch Niederlegung seines Amtes ist der Kollege Emil Kemmler aus dem Verbandsauschuß ausgeschieden. An seine Stelle ist der schon früher als Ersatzmann gewählte

Kollege Artur Betsch in Leipzig in den Auschuß eingetreten.

2. Der neue Reichsstarifvertrag für die Wellpappen-Industrie ist erschienen und kann zum Preise von 50 Pf. bei den Zahlstellen entnommen werden. Die Zahlstellenleitungen ersuchen wir, diese Tarife bei uns anzufordern. Der Verbandsvorstand.

Der Schiedsspruch im Buchbinder-gewerbe abgelehnt.

Unter dem 7. Mai ist uns vom Reichsarbeitsministerium die Mitteilung geworden, daß die Arbeitgeberverbände im Buchbindergewerbe den am 21. April 1921 gefällten Schiedsspruch abgelehnt haben.

Damit haben die Unternehmer wieder einmal zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Lohnerhöhung auch nur in der allerbescheidensten Art aus freier Entschliebung ohne äußeren Zwang nicht zahlen wollen. Wieder einmal hat sich gezeigt, was wir übrigens schon in der letzten Verhandlung zu konstatieren genötigt waren, daß soziales Verständnis bei unseren Arbeitgebern ein völlig unbekannter Begriff ist. Zu geeigneter Zeit werden wir daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen haben.

Zunächst haben wir am gleichen Tage, an dem wir die Ablehnung erhielten, bei dem Reichsarbeitsamt die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs nachgesucht. Wir erwarten, daß der Reichsarbeitsminister den berechtigten Wünschen unserer Kollegenchaft Rechnung trägt und die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs ausspricht. W.

Eine Absage des Graphischen Bundes an die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer.

Aus Anlaß der besonderen Vorgänge in Berlin hat der Graphische Bund in seiner Sitzung vom 4. Mai zu den Bestrebungen der kommunistischen Gewerkschaftszerstörer Stellung genommen, da diese Bestrebungen neuerdings auf einen offenen Bruch innerhalb unserer graphischen Organisationen hinarbeiten. Es muß insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende kommunistisch orientierte Reichskonferenz für das graphische Gewerbe und auf den internationalen Kongreß der polygraphischen Arbeiter in Moskau gesagt werden, daß der Graphische Bund diesen Veranstaltungen ablehnend gegenübersteht und daß sowohl die Teilnehmer an diesen Sonder-tagungen wie auch die aktiven Förderer dieser Bestrebungen in unseren Reihen den Boden der durch unsere Verbands- und Bundes-satzungen gegebenen Zusammenarbeit verlassen. Sie würden sich damit selbst außerhalb des Rahmens unserer Organisationen stellen und hätten gegebenenfalls die Konsequenzen zu tragen. Die Teilnehmer an diesen Veranstaltungen sind nicht berechtigt, die Organisationen, die dem Graphischen Bunde angeschlossen sind, zu vertreten und im Namen dieser Organisationen Erklärungen abzugeben oder Beschlüsse zu fassen.

Der Graphische Bund zur Schlichtungsordnung.

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist der Gehentwurf einer Schlichtungsordnung zur Begutachtung zugegangen, so daß die baldige Beratung im Reichstage zu erwarten ist. Seine Bestimmungen bilden zum Teil eine Bedrohung des Koalitionsrechts der Arbeiterschaft, gegen die von den organisierten Arbeitern aufs schärfste protestiert wird. Natürlich versuchen auch die Unternehmer, durch entsprechende Anträge die Schlichtungsordnung ihren Interessen entsprechend zu gestalten. So hat die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger an den vorläufigen Reichswirtschaftsrat „zum Schutze des deutschen Gewerbes“ folgenden Antrag gerichtet:

Die neue Schlichtungsordnung soll dem Zeitungsweesen einen besonderen Schutz angeheihen lassen. Es ist erforderlich, daß die Zeitungsunternehmen zu „lebenswichtigen Betrieben“ erklärt werden, und daß ein Streik der mit Herstellung und Vertrieb von Zeitungen beschäftigten Personale — im folgenden kurz Zeitungsstreik genannt — erst dann zulässig ist, wenn über den Streitpunkt ein Schlichtungsverfahren stattgefunden hat oder die Tarifinstanzen gesprochen haben.

Dagegen hat der Graphische Bund in einer Eingabe an den Reichswirtschaftsrat vom 20. April in offizieller Form schärfsten Protest erhoben. Die kurze Begründung dieses Protestes hat folgenden Wortlaut:

„... Ohne die hohe Bedeutung der Tagespresse befreiten zu wollen, muß doch gesagt werden, daß die vorgetragenen Gründe der Antragsteller nicht stichhaltig sind und nur eine Verschleierung der arbeitgeberfeindlichen Absichten der Antragsteller bedeuten. Ebenso gut können alle übrigen gewerblichen Unternehmer und deren Organisationen Gründe dafür beibringen, daß ihre Betriebe lebenswichtig sind und im Hinblick auf die neue Schlichtungsordnung eine Ausnahmestellung zu beanspruchen haben. Daburgh würde die neue Schlichtungsordnung offen zu einem Knebelungs-gesetz für die Arbeiterorganisationen gefestigt werden. Wir richten im Namen der interessierten Arbeiter den dringenden Appell an den Reichswirtschaftsrat, unsern Protest nicht achtlos zu übergehen und dem besagten Antrage die Zustimmung zu verweigern.“

Die rücksichtslose Gewinn- und Ueberteuerungs-politik der Industrie.

Ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, bringt in seinem Handelsteil vom 26. April einen Bericht über die Uebersteigerung der Gewinne, der gerade für uns besonders interessant ist, weil wir hier ein bürgerliches Blatt als Kronzeugen für die Richtigkeit unserer seither vertretenen Leitsätze anführen und damit die Notwendigkeit unserer Forderungen drastisch beweisen können. Das genannte Blatt schreibt:

„Was in den großen Leuerungs-jahren 1919 und 1920 schwer kontrollierbar war, beginnt sich jetzt allmählich etwas klarer übersehen zu lassen. Die jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Geschäftsberichte der bankgeschäftlichen, industriellen und Handelsunternehmungen zeigen fast durchweg derartig enorme

Ertragsziffern, daß sich ganz zweifelsfrei ergibt: Die Produktion ist außerordentlich weit mit ihren Preiserhöhungen gegangen, sie hat zweifellos in vielen Fällen das notwendige Maß überschritten, die Verteuerung der Güter und Leistungen ist in vielen Fällen zu einer Quelle unberechtigt, für die Gesamtheit der Volkswirtschaft schädlicher Gewinne geworden. Wir wissen sehr wohl, daß der zeitweise sehr günstige Auslandsabzug mit seinen Balutagewinnen fast allen Unternehmungen starke Sondererträge zugeführt hat, wir wissen auch, daß die Unternehmungen wesentlich erhöhte Ergebnisse bedürfen, um das auf ein vielfaches gesteigerte Bedürfnis nach Amortisation und Bereitstellung von Reserven für Neuanlagen zu befriedigen, daß in diesem Sinne direkte Inflationswirkungen vorliegen. Wir erkennen auch den Wunsch der Aktionäre nach der Geldentwertung entsprechenden, erhöhten Einnahmen in gewissem Umfang an. Aber nicht nur das alles wird durch die nachgewiesenen Ergebnisse der letzten Geschäftsperiode befriedigt, sondern weit darüber hinaus werden vielfach Gewinne aufgezogen, deren sich die Unternehmungen in gewissen Fällen kaum zu erwehren vermögen, so daß Bonuszahlungen, Gratis- oder billige Aktien, wertvollste Bezugsrechte an der Tagesordnung sind. Und diese Situation wird richtig beurteilt erst, wenn man sich vor Augen hält, daß das, was die Unternehmungen als Ergebnisse ausweisen, in allen Fällen nur Teile der wirklichen Ueber-schüsse sind — niemals ist die Vorsorge für stille Reserven umfassender und mit größeren Mitteln betrieben worden als gegenwärtig. Das geht so weit, daß in manchen Fällen — nicht immer vermögen auch das bilanzkritisch geschärfte Auge hinter die Kulissen zu schauen — höchst sonderbare Wege zur Schaffung von Abschreibungsmöglichkeiten aufgefunden werden. Die Fälle sind nicht ganz selten, in denen Fusionstransaktionen unter dem Gesichtspunkte der Unterbringung von stillen Reserven vorgenommen oder gesucht werden; die plötzliche Aufnahme der kostspieligen Selbstversicherung in großen Industriezweigen gehört in dasselbe Kapitel. Die erstauktionen Ueber-schüsse, welche beispielsweise Glasfabriken, Unternehmungen der Papierindustrie, der Textilbranche ufw. trotz aller Vormegabuchungen aufzeigen — es ließe sich eine Fülle von Einzelfällen aus diesen und anderen Branchen aufführen —, sind in Wahrheit nichts anderes als Beweise einer ungeheuren staatspolitisch in höchstem Grade schädlichen Ueberteuerungs-politik, die zu sehr ernsten Bedenken Anlaß gibt. Die Sondergewinne, welche die Exporte brachten (Gewinne, die aus der Balutanot der Gesamtwirtschaft erwachsen), sind von der deutschen Privatwirtschaft viel zu sehr als erwünschte Bereicherung und viel zu wenig unter dem Gesichtspunkte der notwendigen Niedrighaltung der inländischen Verbrauchspreise betrachtet worden.“

Das Blatt wendet sich dann weiter gegen die Uebersteigerung der Bankgebühren und macht darauf aufmerksam, daß bei einer eingehenden Prüfung der jetzt vorliegenden Bankabschlüsse immer wieder festgestellt werden muß, daß trotz aller im deutschen Bankgewerbe immer wieder betonten Politik der inneren Reserven die ausgewiesenen Einnahmen in sehr viel stärkerem Umfang als die Unkosten gewachsen sind. Bei der Erhöhung der Bankgebühren, wie sie in der jüngeren Vergangenheit eingetreten sind, sei eben viel zu wenig berücksichtigt worden, daß die enorme Steh-

gerung der Umsätze an sich schon den Instituten große Mehrerwartungen zuführen mußte. Alle diese Erscheinungen seien an der Leuerung mit schuld. Und diese Konsequenzen müßten gezogen werden.

Für uns kann es aus dem Vorstehenden, das wir an sich vollständig unterschreiben, nur eine Konsequenz geben, das ist die Durchführung der Sozialisierung, so rasch und so weit, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse nur irgendwie gestatten. Denn nur dadurch wird diesem wirtschaftlichen Lohmwahnsinn, aus dem nur die interessierten kapitalistischen Kreise ihren Vorteil ziehen, während das arbeitende Volk die Kosten bezahlen muß, ein für allemal ein Ende bereitet. Beherrschung des Weltmarktes, vernünftiger Ausgleich von Angebot und Nachfrage, der nicht dem Zufall überlassen bleibt, sondern von dem arbeitenden, dem werterzeugenden Volke selbst bestimmt wird, das ist, was die Weltwirtschaft retten, was uns und die anderen Völker Europas vor dem drohenden volkswirtschaftlichen Untergang bewahren kann.

Aus jedem Glied des eigenen Volkes zieht, wie man aus den Ausführungen des Frankfurter Blattes deutlich sieht, der eigene „hochpatriotische deutsche“ Kapitalismus seinen Vorteil. Der bekannte Volkswirt Dr. Arthur Haeisen hat in der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ schon einige Konsequenzen nach bürgerlicher Richtung, die aber auch für sich und für uns sprechen, gezogen. Er nennt die Werttaggewinne, die Uebertuerung der Konsumenten und nachbearbeitenden Industrie und die Papiermarktinflationsgewinne bei Stilllegungen, Abbrüchen, Abhängungen usw. als die Hauptquellen der gewaltigen Gewinnsteigerungen und verlangt eine Umgestaltung des Steuerwesens zur Abwälzung eines Teiles der außerordentlichen Gewinne, was auch dem Abbau der übermäßigen Gewinnspannung bei richtiger Ausgestaltung der Steuer zugute käme. Als „bedrohliche Gefahr“ für die deutsche Volkswirtschaft erscheint ihm besonders, „daß die Gewinne der deutschen Gesellschaften als Wirtschaftsbarometer von unseren Gläubigern betrachtet werden, an der sie unsere Leistungsfähigkeit ablesen und ihre Forderungen dementsprechend gegen uns einstellen werden.“

Diese Äußerungen von bürgerlicher Seite muß man sich immer wieder vor Augen halten. Man muß sie vor allem auch dann wieder hervorholen, wenn dem arbeitenden Volke vorgeworfen wird, daß die hohen Lohn- und Gehaltsforderungen der erste Grund zu der unendlichen Preissteigerung gewesen seien, man muß sie auch dann hervorholen, wenn die rechtsstehenden Parteien mit der bekannten Geste über die unerschwinglichen Reparationsforderungen unserer Feinde jammern und den Versuch machen, uns dabei als Traumwacher hinzustellen. Wenn die von uns schon immer geforderte hohe Besteuerung, die durch Stellung von Gratsaktien, von Gratshypotheken usw. geleistet werden könnte, rechtzeitig eingeführt wäre, dann hätte das Reich Werte in die Hand bekommen, die seinen Kredit unendlich erhöht hätten und die Inflation, das heißt, das massenhafte hinauswerfen immer neuer Papiergeldserien unnötig gemacht und der deutschen Mark den festen Stand gegeben. Das wäre jedenfalls ein großer Schritt vorwärts gewesen zur Befundung unserer Volkswirtschaft. Restlos wäre sie allerdings dadurch noch nicht erfolgt, denn dafür gibt es nur ein Mittel: Sozialisierung, die es dann den Gesellschaften unmöglich macht, ihre Gewinne durch Bonuszahlungen, Bonusaktien und wie dergleichen Schiedungen alle heißen, zu verschleiern oder zu verschieben. —

Die 4. Tagung unseres Verbandsbeirats.

Vor eine Entscheidung der denkbar schwersten Art war unser Verbandsbeirat in seiner am 9. und 10. Mai abgehaltenen Sitzung gestellt. Es galt für ihn, Stellung zu nehmen zu den Vorgängen in Berlin, die in einer ständigen Mißachtung der Beschlüsse und Entscheidungen unserer Verbandsleitung wurzeln. Daß sich der Beirat der Tragweite seiner Tätigkeit voll bewußt war, zeigte sich schon rein äußerlich darin, daß er seine Verhandlungen in durchaus ruhiger und im allgemeinen auch sehr sachlicher Art führte. Ganz offensichtlich kam bei allen Rednern zum Ausdruck, daß es jetzt gelte, unseren Verband vor dem größten Schaden zu bewahren. Einmütig bekannte sich der Beirat zu der Auffassung — und jeder Redner

betonte das ausdrücklich —, daß das Gebot der Stunde verlange, die Einheit und Geschlossenheit unseres Verbandes unter allen Umständen hochzuhalten. Daß die dazu als richtig anerkannten Wege nach verschiedenen Richtungen gingen, ist bei der verschiedenen politischen Orientierung der Beiratsmitglieder selbstverständlich. Und wenn es zum Schluß der Tagung trotzdem gelang, eine fast einstimmige — nur 4 von den 33 Mitgliedern votierten ablehnend — Willensfindung herbeizuführen, dann mag dies als ein Beweis dafür gelten, daß niemand den Ernst der Situation verkannte. Zweifellos ist das auch zu sagen von den vier Mitgliedern, die der Entschließung des Beirats ihre Zustimmung nicht zu geben vermochten. Auch sie werden erkannt haben, daß niemand das Recht haben kann, sich völlig negierend zu den Entscheidungen unserer Verbandskörperschaft zu stellen und Verbandspolitik auf eigene Faust zu machen. Die Entscheidung des Beirats ist scharf, aber diese Schärfe war notwendig angesichts der Tatsache, daß die Resolution der vorherigen Beiratstagung ohne Beachtung bei der Berliner Verwaltung und einem Teile der Berliner Mitglieder geblieben war. Dadurch aber war der Beirat in die Zwangslage versetzt, erneut und deutlicher festzuhalten, was in unserem Verbandsrecht sein soll. Das ist jetzt in der zweifelsfreiesten Art geschehen und die Basis für diese Stellung des Beirats ist — unter dem Druck der Sachlage — eine sehr viel breitere als anfänglich seiner letzten Stellungnahme im November vorigen Jahres. Diese Tatsache aber verleiht seiner Entschließung die denkbar größte Bedeutung.

Eine Erscheinung allerdings ist recht bedauerlich. Das ist die Tatsache, daß es jetzt auch im Beirat zu verschiedenen Sonderbesprechungen der einzelnen Fraktionen kommen mußte. Kollege Haeisen bedauerte mit vollem Recht diese Tatsache in seinem Nachwort aufs tiefste.

Im folgenden geben wir von der Tagung einen Bericht, wobei wir allerdings betonen müssen, daß in ihm nicht alle Äußerungen der einzelnen Redner restlos wiedergegeben werden konnten. Für uns handelte es sich darum, Sinn und Tendenz der gemachten Ausführungen objektiv wiederzugeben.

Am 9. Mai, früh 9 Uhr, eröffnete der 2. Verbandsvorsitzende Kollege Harder in Berlin die 4. Tagung des Verbandsbeirats mit einer Begründung der Erscheinungen. Auf der Tagesordnung stand

„Stellungnahme zu den Vorgängen in der Jahrestelle Berlin“.

An Stelle des Kollegen Weiser-Stettin ist Henning-Potsdam und an Stelle des Kollegen Kaulich-Offenbach Kollege Bauer-Wahnheim, für Brugger-München ist Schregle-Augsburg erschienen. Mit Rücksicht auf die besonders wichtige Tagesordnung ist der gesamte Verbandsauschuß sowie der Angestelltenrat anwesend.

Herzog-Berlin stellte zu Beginn der Tagung den Antrag, einen Vertreter der Berliner Ortsverwaltung zu den Verhandlungen mit hinzuzuziehen. Weiter beantragte er, daß die Sitzung um 5 Uhr abgebrochen werde, um den hier anwesenden Körperschaften Gelegenheit zu geben, an der Mitgliederversammlung der Jahrestelle teilzunehmen, die zu der gleichen Angelegenheit Stellung nehmen soll.

Haeisen, Verbandsvorsitzender, wandte sich gegen die Anträge, da es bisher nicht üblich war, anderen Personen Zutritt zu geben. Eine Einladung zur Mitgliederversammlung ist außer der Mitteilung Herzogs nicht ergangen. Eine offizielle Einladung hätte man aber zum mindesten erwarten müssen.

Der Antrag, einen Vertreter der Ortsverwaltung zur Beiratsitzung hinzuzuziehen, wurde gegen zehn Stimmen abgelehnt.

Hierauf nahm Kollege Haeisen das Wort zur Begründung der Tagesordnung. In seiner zweifelhafte Rede führte er im wesentlichen aus: Im November bereits hat der Beirat zu den zersetzenden Tendenzen in den Gewerkschaften Stellung genommen und einer Resolution zugestimmt, die die Stellung des Beirats festlegte. Diese Resolution stellt eine ernste Warnung dar, sich an den zersetzenden Bestrebungen zu beteiligen. Diese Warnung wurde von der Jahrestelle Berlin in feiner Weise beachtet. Im Berliner Mitteilungsblatt wurden die Verhandlungen in denkbar einseitigster Weise glossiert, in weit herabwürdigender Art nach im „Graphischen Block“. In dieser Bewertung kommt eine völlige Mißachtung der Beiratsbeschlüsse zum Ausdruck. Jeder aufmerksame Beobachter unseres gewerkschaftlichen und politischen Lebens weiß, daß die Situation heute nicht nur noch die gleiche wie

im November ist, sondern daß die Gefahren für die Einheit der Gewerkschaften sehr viel größer geworden sind. Auch in der Berliner Verwaltung ist man seit der letzten Beiratsitzung in höherem Maße aggressiv gegen die Verbandsleitung vorgegangen. Haeisen ging dann des näheren auf die Verhältnisse in der Berliner Jahrestelle ein, die zum größten Teil unseren Mitgliedern durch die „Buchbinder-Zeitung“ bekannt sind. Ausgehend vom Streit in der Buchbinderbranche streifte er die 3 Berliner Veranlassungen, die sich Ende des Vorjahres mit den Maßnahmen der Verbandsleitung beschäftigten. Dort sei die Verbandsleitung in einer Art angerempelt worden, die jeder Beschreibung spottete und die gezeigt habe, daß man es niemand verdanken könne, wenn er diese „Beratungen“ schon aus Reinlichkeitsgründen meide. Weiter besprach er den Kartonnagenarbeiterstreik in Berlin und die sich daran anschließende Polemik mit der Jahrestelle. Die Ausführungen hierüber im Berliner Mitteilungsblatt stellen wieder eine grobe Verfälschung der Mitglieder dar, die in einer schändlichen Verächtlichung der Verbandsleitung und des Tarifausschusses gipfelte. Sodann zitierte er den Bericht der „Roten Fahne“ über die Buchbinderversammlung, in der Kollege Czerny über die Tarifverhandlungen berichtete und in der ebenfalls wieder gräßliche Beschimpfungen der Verbandsleitung und des Tarifausschusses zu hören waren. Obwohl Czerny erklärte, die dort wiedergegebenen Äußerungen nicht getan zu haben, lehnte er eine Richtigstellung des Berichts in der „Roten Fahne“ ab. Man wolle es also bewußt bei den Beschimpfungen belassen. Auch die Ausschüttung des Falles Weich durch die Ortsverwaltung trotz klarer Sachlage zeige das gleiche Bestreben. In dem Flugblatt der Verwaltung wurden nur wieder Beschimpfungen und Verdächtigungen aufeinander geschüttelt zu dem ausgesprochenen Zweck, die Verbandsbeiratsmitglieder in Mißkredit zu bringen. Ueberall sehe man das Bestreben, Differenzen und Konflikte auf die Spitze zu treiben. Eines der bestbelegten Schlagworte sei, daß die Verbandsleitung Reichstaxen um jeden Preis schaffen wolle. Diese bewußt falsche Behauptung könne man jetzt in den verschiedenen Variationen in den Berliner Publikationen lesen, obwohl die Urheber dieses Schlagworts genau unterrichtet sind, daß dieses Schlagwort auf Schwindel beruhe. Die Urheber dieser Schlagworte wissen ganz genau, daß die Verbandsleitung auf dem Standpunkt steht, daß man für Reichstaxen eintreten müsse, solange nichts Besseres an deren Stelle gefehert werden könne. Diese Kenntnis der Tatsachen hindere aber nicht, daß das Ansehen unserer Verbandsbeiratsmitglieder systematisch untergraben wird durch bewußte Verfälschung der Mitglieder. Jetzt nun macht die Reichsgewerkschaftszentrale, Untergruppe Graphisches Gewerbe, die aus der fastjam bekannten Betriebsrätezentrale entstanden ist, mehr von sich reden. Deren Pläne sind in Nummer 9 der „Buchbinder-Zeitung“ ausführlich wiedergegeben. Haeisen verwies darauf, daß das Beiratsmitglied, Kollege Herzog, als Kassierer dieser Untergruppe tätig sei. Um dieser Gruppe „Graphisches Gewerbe“ ein festeres Geßige zu geben, sei für Pfingsten eine Reichstaxenkonferenz in Aussicht genommen. Diese Konferenz habe jedenfalls nur den Zweck, zersetzende Tendenzen zu propagieren und fortzusetzen. Die Berliner Verwaltung hatte die Absicht, zu dieser Reichstaxenkonferenz Vertreter zu entsenden. Der Verbandsvorsitzender habe vor der Beschickung gewarnt, doch ohne Erfolg. Im Berliner Mitteilungsblatt sei diese Warnung lächerlich gemacht worden. Das gleiche Spiel werde getrieben in bezug auf die Beschickung des Roten Gewerkschaftskongresses in Moskau und des russischen Kongresses des polygraphischen Produktionsverbandes, obwohl auch hier vor gewarnt worden ist. In bezug auf letzteren ist die Verbandsleitung vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Am 23. April haben in Berlin die Urwahlen für die Angestellten stattgefunden, und am 25. April habe die Ortsverwaltung, entgegen aller Warnungen der Verbandsleitung, dem wiedergewählten Bevollmächtigten Kaspar als Delegierten nach Moskau 6 Wochen Urlaub gegeben. Am 26. April sei Kaspar bereits abgereist und nachdem erst, am 28. April, habe die Verbandsleitung davon Kenntnis erhalten. Selbstverständlich habe die Verwaltung in Berlin keinerlei Recht, solche Delegation vorzunehmen oder zu solchen Delegationen Urlaub zu erteilen. Da sie es dennoch tut, so hat sie damit eine gräßliche Pflichtverletzung begangen, wie auch der Kollege Kaspar sich gleichfalls einer gräßlichen Pflichtverletzung durch das Verlassen seines Postens schuldig gemacht hat. In allen diesem liege eine Proklamation der Verbandsleitung schlimmster Art, die nicht ruhig hingenommen werden kann. Kollege Kaspar hat durch seine Haltung so gräßlich gegen seine Pflicht verstoßen, daß er vorläufig seines Postens enthoben werden mußte. Auch das Verhalten der Ortsverwaltung sei ein solches, das eine scharfe Stellungnahme gegen diese notwendig geworden sei. Die Stellung der Ver-

bandsleitung hierzu ist in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ wiedergegeben. Die Verbandsleitung ist sich der Weiterungen klar, die aus diesem Vorgehen resultieren können. Und darum ist der Beirat zusammengerufen worden, um ebenfalls zu diesen Brüstungen Stellung zu nehmen. Wo die Autorität der gesamten Verbandseinrichtungen und -körperlichkeiten so untergraben wird wie jetzt in Berlin, da muß ernstlich eingeschritten werden. Den Luxus einer solchen Untergrabung können wir uns nicht leisten. Auch die Berliner Verwaltung habe sich den Anordnungen der Verbandseinrichtungen zu fügen. Da dies leider nicht der Fall ist, darf vor dem letzten Schritt nicht zurückgeschreckt werden. Die Verhältnisse in Berlin haben sich zu einer Bestbeule entwickelt, die aufgeschoben werden muß, mag es auch noch so schmerzhaft sein. Mit bededen Worten mache Hauelsen auf die Gefahren aufmerksam, die aus dem Verhalten der Berliner Verwaltung entspringen. Die Verantwortung sei groß, aber jetzt gehe es nicht anders als fest zuzufassen.

In der einsehenden Diskussion nahm zunächst Herzog-Berlin das Wort. Er vernachlässigt sich zunächst gegen die erhobene Anschuldigung der Förderung zersetzender Tendenzen durch die Opposition. Man habe daher zu Unrecht die Resolution auf der letzten Beiratsitzung durchgedrückt. Dadurch sei die Abstimmung in eine Reihe unserer Zahlstellen gebracht worden. Redner ging dann auf die Angelegenheit Czerny näher ein, verteidigte dessen Haltung und zog Parallelen zwischen dem von Hamburg gegen G. gestellten Antragsantrag und dem seinerzeit von einem Genuß Rheinlands gegen Kloth gestellten Antrag. Im weiteren verteidigte er die Maßnahmen der Zahlstelle Berlin und wandte sich scharf gegen die Haltung der „Buchbinder-Zeitung“, die besonders seit der letzten Beiratsitzung sich einseitig gegen die Opposition gewandt habe. Er streifte die Angelegenheit Weiß und die Kartonnagenarbeiterbewegung. Auf die praktische Tätigkeit der Opposition übergehend, suchte er nachzuweisen, daß dieselbe sich durchaus im Rahmen der Gewerkschaften bewegt habe. Was in anderen Verbänden an gewerkschaftsfeindlicher Tätigkeit geschehen sei, könne und dürfe man in unserem Verbande nicht zum Maßstab nehmen. Der Vorwurf, Tarife um jeden Preis, habe keine Berechtigung, da durch die Reichstaxe besonders die großen Städte stark geschädigt worden seien. Die Delegation Kaspars sei nichts Gewerkschaftsfeindliches, da es sich nur um eine Teilnahme an einem graphischen Verbandstag handele. Das Recht des Verbandsvorstandes, in diesem Falle Urteile zu verhängen, sei noch sehr strittig. Er verurteilte die Haltung des Verbandsvorstandes in dieser Frage und hält es für überflüssig, deswegen diese Beiratsitzung einzuberufen. Wenn man mit dem Ausschluß vorgehen will, so schaffe man bloß Märtyrer und lasse eine Drahtseilgänger, die uns als Verband nur schädlich sein könne.

Imhof-Berlin wandte sich gegen die Ausführungen Herzogs. Wenn wir dem Wunsch der Opposition entsprechend auf dem Würzburger Verbandstag Säbel als Vorsitzenden gewählt hätten, dann würden wir entweder einen zweiten Dismann bei uns oder ein Drama erlebt haben, wie es jetzt Mitteldeutschland durchgemacht hat. Man hat gar kein Recht, sich über Unbuddsamkeit aufzuregen, denn wenn die Opposition die Recht hätte, würde sie rückhaltlos gegen unsere Richtung vorgehen. Das hat auch der Fall Levi wieder zur Evidenz bewiesen. Alle Gewerkschafter wie wir haben nicht nötig, zum polygraphischen Kongress nach Rußland zur Information zu gehen. Es kann keine Rede davon sein, Märtyrer zu schaffen, es handelt sich hier um die Entscheidung, ob wir eine Abspaltung unserer Mitglieder nach Moskau dulden wollen. Wollen wir weiter in abwartender Stellung verharren, dann geht es uns wie der USB. in Halle. Kaspar habe lange Zeit vorher bereits gewußt, daß nur er für die Moskauer Delegation in Frage kommt, und er habe gleich wie die Ortsverwaltung mit dem letzten Beschluß zweifellos nur bezweckt, den Verbandsvorstand vor feststehende Tatsachen zu stellen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Den ständigen Quertreibereien der Zahlstelle Berlin mußte endlich einmal energisch entgegengetreten werden. Unsere Statuten werden fortgesetzt von Berlin ignoriert, wir müssen uns daher rückhaltlos hinter den Verbandsvorstand stellen, um geordnete Zustände zu bekommen.

Fran Argentin-Berlin: Wir haben allseitschwerwie nicht überall solch unergänzliche Zustände wie in Berlin, und wir hätten eigentlich schon längst energisch dagegen vorgehen müssen. Wenn Herzog mit dem Schlagwort „Tarife um jeden Preis“ fortwährend operiert, dann sollte er sich erinneren, daß selbst er bei dem schiedlichen Tarifabschluß im „Russischen Hof“ in Berlin sich auf den Standpunkt stellte, daß wir dem Abschluß zustimmen müssen. Die Quertreibereien Moskaus können wir nicht länger

hinnehmen. Kaspar steht an exponierter Stelle, und sei es Pflicht des Verbandsvorstandes, sich gegen seine Delegation zu wenden. Es sei überhaupt skandalös, daß fortgesetzt von der Zahlstelle Berlin alle Beschlässe des Verbandsvorstandes ignoriert werden. Das dürfen wir nicht weiter dulden.

Siegler-Heilbronn hätte gewünscht, daß die Zahlstelle Berlin hier vertreten gewesen wäre. Ganz offensichtlich haben sich die Moskauer in eine Sackgasse verrannt. Es war vorauszusetzen, daß der Beirat nochmals deswegen zusammenkommen mußte. In der Angelegenheit Kaspar läte man am besten, eine Resolution anzunehmen, die dem Verbandsvorstand in ungewisser Weise das Recht gibt, energischer zu handeln.

Nach einer Mittagspause eröffnet Harder die Sitzung um 3 Uhr. Als erster Redner wendet sich Schrage-Kugsburg gegen die von der Ortsverwaltung Berlin gestellte einseitige politische Tätigkeit, wodurch dem Verbande in der Provinz ein großer Schaden zugefügt werde. Er ist der Auffassung, daß hinter der Berliner Ortsverwaltung nur verhältnismäßig wenige Mitglieder stehen. Deswegen sei die Gewährung des Nachurlaubes an Kaspar durch die Ortsverwaltung widerrechtlich. Weiter führt er aus, daß über diese Angelegenheit genügend geredet sei. Er wünscht den Kollegen Kaspar von seinem Posten entfernt und aus dem Verbande ausgeschlossen.

Mischelis-Berlin verteidigte die Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ sowie seine Stellung zu den zersetzenden Tendenzen der kommunistischen Richtung bei der letzten Tagung des Beirats. Sicher ist, daß wir in der Bekämpfung der kommunistischen Richtung viel zu wenig getan haben, weil wir keinen Platz zur Verfügung haben. Wenn sich die Verhältnisse so weiter entwickeln, wie wir sie in der letzten Zeit beobachten konnten, dann ist es unsere Pflicht, mit aller Schärfe dagegen Front zu machen. Er streifte den Fall Weiß, in dem er durchaus einwandfrei gehandelt habe. Die von ihm auf der letzten Beiratsitzung eingebrachte Resolution gibt tatsächlich jedem das Recht der freien Meinungsäußerung. Weiter betonte er, daß schon die bloße Existenz der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale eine Zerreißung der Gewerkschaften darstelle. Deren Richtlinien sind eine ständige Gefahr für die Gewerkschaften, da sie das Unterwerfen unter das Diktat der kommunistischen Zeitung verlange.

Frau Schneeweiß-Verbandsvorstand. Es sind wohl Fehler von der Ortsverwaltung Berlin gemacht worden, aber von der anderen Seite werden auch Fehler gemacht.

Schade-Verbandsvorstand ging auf einzelne der Streitpunkte näher ein, damit nachweisend, in welcher Art die Beschlässe unserer Verbandsleitung von Berlin mißachtet werden. Er kam dabei zu dem Schluß, daß keiner in unserem Verband Platz haben kann, der gegen die Beschlässe unseres Verbandes verstößt.

Müller-Leipzig glaubt feststellen zu müssen, daß der Beirat zu einem Ausnahmegericht zusammengelerufen worden sei. Er streift die Kriegspolitik der Gewerkschaften und deren Folgen. Auch die Verwaltung in Leipzig habe Differenzen mit der Verbandsleitung, doch sei deren Austragung wesentlich anderer Natur als die Differenzen mit Berlin, weil sich die Leipziger Kollegen auf den Boden der realen Tatsachen gestellt habe. Er kritisiert einen Beschluß des Verbandsvorstandes, der für die Folgen politischer Demonstrationen keine Unterstützung bewilligen wolle. Er vermöge Herzog nicht zu folgen, der die Zurückweisung der kommunistischen Übergriffe verurteile. Nicht gut könne er es aber heißen, daß in der „Buchbinder-Zeitung“ gewerkschafts- und tarifpolitische Streitfragen in der Weise erörtert werden, wie es mehrfach geschehen sei. Das Vorgehen gegen Kaspar dürfe nicht so scharf sein wie es die Verbandsleitung wünsche. Ueber diese Beurteilung solle entsprechend der Demokratie eventuell ein Verbandstag entscheiden.

Säber-Verbandsauschuß steht in der Streitfrage eine gewisse Ueberspannung der politischen Meinungsverschiedenheiten, doch müsse er erklären, daß die Haltung der Berliner Ortsverwaltung auch von ihm verurteilt werde. Man solle sich mit einer scharfen, ja sogar sehr scharfen Resolution bescheiden. Er bedauere heute, daß die Schärfe der Resolution der letzten Beiratsitzung bekämpft worden sei.

Sünemann-Verbandsvorstand: Es war im vorliegenden Fall Kaspar das erste Mal, daß wir keine Einigkeit in unseren Beschlässen erzielen konnten. Wir waren in der Minderheit des Verbandsvorstandes der Ansicht, daß es sich um eine Prinzipialfrage „Moskau oder Amsterdäm“, und daß es sich dabei um eine Entscheidung von weittragender Bedeutung handelt. Der vom Kollegen Säbregie vertretene Standpunkt des Ausschusses ist durchaus zu verstehen. Aber man muß die großstädtischen Verhält-

nisse doch eingehender kennen, um über die Frage richtig zu entscheiden. Besonders die Berliner Verhältnisse waren von jeher sehr zerfahren. Die Angelegenheit Kaspar sei daher für ihn keine Personenfrage. Bei dem verheerenden Ton, wie ihn der „Graphische Bloß“ gebraucht, war es selbstverständlich, daß es einmal zum Bruch führen muß. So geht es nicht weiter. Entweder die Verbandsleitung und das Verbandsstatut sind noch maßgebend oder wir geraten in vollständige Anarchie. Ein zu radikales Vorgehen aber würde uns nur schweren Schaden zufügen.

Da es inzwischen 5 Uhr geworden ist, wird über die eventuelle Teilnahme an der Mitgliederversammlung entschieden. Bauer-Mannheim wandte sich gegen die Teilnahme, weil die Tagung des Beirats zu wichtig sei, um die kostbaren Stunden zu verlieren. Die Berliner Verhältnisse kennen wir zur Genüge. Die Teilnahme wurde gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Kollegin Tschow-Berlin wandte sich gegen das Mundtömen einzelner Richtungen. Bei einem Ausschluß Kaspars würde sie sich mit ihm sofortig erklären.

Herzog-Berlin stellte den Antrag auf kurze Vertagung der Sitzung, damit die Opposition zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung Stellung nehmen kann. Diefem Antrag wird stattgegeben — Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt Siegler-Heilbronn namens der Opposition bekannt, daß sie erneut Vertagung beantragt, um die allgemaine Teilnahme an der Berliner Versammlung zu ermöglichen. Brucks-Breslau empfahl erneute Unterbrechung, um auch der anderen Seite die Möglichkeit zu geben, sich darüber zu besprechen. Auch dem wurde zugestimmt. Nach Wiedereröffnung teilte Hauelsen mit, daß die Verhandlung unterbrochen werden könnte, wenn die Teilnahme an der Berliner Versammlung nur zu informativem Zwecke erfolgen sollte. Dem wurde ebenfalls zugestimmt. Damit erfolgte Schluß 1/2 Uhr.

2. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung um 9 Uhr wurde in der Debatte fortgefahren.

Harder-Verbandsvorstand: Der Beirat hat ohne Zweifel geglaubt, als er sich entschloß, der Berliner Versammlung beizumohnen, dort eine gewisse Klärung und damit eine Erleichterung seiner Entscheidung zu finden. Ohne Frage sei es, daß die Erklärung des Kollegen Kaspar in der Versammlung, trotz der Beschlässe von Vorstand, Ausschuß und Beirat nach Moskau fahren zu wollen, wenn die Berliner Mitglieder das verlangen, wiederum sehr provokatorisch wirkte. Dadurch aber sei eine gewisse Klärung der Sachlage geschaffen. Uebergehend zu den kommunistischen Fellenbildungen betonte er, daß die kommunistische Propagandakommission eine Organisation in der Organisation darstelle, die Verwirrung in unsere Mitgliederkreise trage. Niemand kann die Verantwortung übernehmen dafür, wenn durch eine solche Zersplitterung die Schlagkraft der Organisation in Gefahr komme. Es werde ja offen ausgesprochen, daß die Gewerkschaften lediglich das Retruirungsfeld der kommunistischen Partei seien. Und nur in diesem Sinne sei die Berliner Verwaltung tätig. Alle Aktionen werden eingeleitet ohne Rücksicht darauf, welche Folgen daraus entstehen. Er äherte eine neu erschienene Broschüre des Kollegen Heise-Frankfurt, der in dieser nachweise, welche Gefahren der Arbeiterschaft aus der kommunistischen Fuchstaktik drohen. Weiter besprach er einzelne besonders charakteristische Vorgänge in der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus der letzten Zeit, unter anderem auch die Vorgänge in Halle. Daß sich die „Buchbinder-Zeitung“ in einer gewissen Kampfstellung gegenüber der Verwaltung in Berlin befinde, hat die ganz natürliche Ursache darin, daß sich die Verbandsleitung gegen die fortgesetzten Angriffe durch die Berliner Verwaltung wehren müsse. Und da stehe ihr nur die „Buchbinder-Zeitung“ zur Verfügung. Hierauf wandte er sich den speziellen Berliner Vorgängen zu und streift verschiedene Delegationen Berliner Angestellten, u. a. Kaspars zu Tarifverhandlungen nach Stuttgart, bei denen er seine Pflicht ebenfalls grüßlich verlegt habe, da er an wichtigen Sitzungen der Verhandlungskommission nicht teilnahm. Genau so stelle dessen Heise nach Rußland ebenfalls eine gräßliche Pflichtverletzung dar, da sie doch nur zu dem Zwecke unternommen werden sollte, um neue Richtlinien für den zersetzenden Kampf in den Gewerkschaften dort zu holen. Jetzt ist die Situation so, daß nicht mehr länger aewartet werden könne, sondern endlich einmal klare Bahn geschaffen werden müsse.

Sentes-Bonn empfindet die derzeitigen Verhältnisse in den Gewerkschaften und speziell in unserem Verbande als sehr betrüblich. Und da sei es wahrlich Zeit, daß endlich einmal Klarheit geschaffen werde, und es sei besonders zu begrüßen,

daß in den einzelnen Zahlstellen aufklärende Vorträge über die zerkleinernden Tendenzen gehalten werden. Für unsere Mitglieder haben nach wie vor die Beschlüsse unserer Verbandstage, der Gewerkschaftskongresse und der Amsterdamer Internationale zu gelten. Die Gewerkschafter im besetzten Gebiet sind von dieser Selbstverständlichkeit voll durchdrungen, da sie sich zuerst fast nur auf die Beschlüsse der Amsterdamer Internationale stützen können. Daß ein Angestellter seine Ferienzeit dazu benutzen wolle, um an kommunistisch orientierten Gewerkschaftsveranstaltungen teilzunehmen, kann nie gutgehen werden. Die Berliner Versammlung am Sonntag habe gezeigt, daß dort die Provinzkollegenchaft durchweg sehr unterschätzt werde. Er glaube aber feststellen zu können, daß in der Provinz kaum ein solcher Tiefstand der Anschauungen zu verzeichnen ist, wie er ihn hier in Berlin gefunden habe. Sieger habe gesagt, daß es jetzt nicht beim Mundspitzen bleiben dürfe, jetzt müsse gepiffen werden. Er empfehle dringend, daß entsprechend diesem Ausdruck gehandelt werde. Resolutionen haben jetzt keinen Wert mehr, da die Berliner Verwaltung diese doch in den Wind schlagen werde.

Wenzler - Dresden: Wenn der Verbandsvorstand trotz der klaren Resolution der letzten Beiratsitzung es nicht wagte, Kaspar als Schlichter auszuschießen, dann ist man jedenfalls nicht der Ueberzeugung gewesen, daß er ein solcher ist. Der Kampf der „Buchbinder-Zeitung“ gegen die Kommunisten und insbesondere gegen die Berliner Ortsverwaltung hat seit dem einseitigen Artikel über „Gewerkschaftsbildungsamtismus“ solche scharfe Formen angenommen, daß man sich damit nicht einverstanden erklären kann. Das Vorgehen in der Berliner Kartonnagenbranche hat uns nicht geschadet, sondern viel eher genützt. Die Konferenz der Reichsgewerkschaftszentrale wird besucht werden, ob man sich auch dagegen wende oder nicht, selbst auf die Gefahr eines Ausschlusses. Die kommunistisch orientierten Kollegen in Dresden haben trotz ihrer Anschauungen stets praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet. Er wäre sofort für Ausschluß, wenn man jenen eine gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit nachweisen kann. Nach einem Ausschuß Kaspar wird man nicht die gewünschte Ruhe erreichen, sondern im Gegenteil erst recht Zwistigkeiten verursachen.

Inzwischen wurde folgende Resolution Imhof-Pfennig eingebracht:

Beirat, Verbandsvorstand, Verbandsausschuß und Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ erklären sich erneut für die Notwendigkeit der Einheit der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und damit auch für deren parteipolitische Neutralität.

Sie betonen deshalb aufs nachdrücklichste, daß die Verbandsinstanzen verpflichtet und gehalten sind, die Einheit des Verbandes und seine parteipolitische Neutralität unter allen Umständen zu wahren. Mitglieder, die bewußt gegen diese Grundsätze verstoßen und trotz Warnung nicht von einem dem Verband schädigenden Treiben ablassen, haben keinen Platz mehr im Verband.

Der Verbandsvorstand wird deshalb ermächtigt, gegen diejenigen Mitglieder vorzugehen, die

1. sich an der Bildung kommunistischer, auf die Gewerkschaftsspaltung hinwirkender Fraktionen (Zellen) beteiligen;
2. Flugchriften und andere im Sinne der kommunistischen Partei gehaltenen Drucksachen verfassen, unterzeichnen oder verbreiten, die die einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu zerschüren geeignet sind;
3. an Versammlungen, Konferenzen oder Zusammenkünften aktiv teilnehmen, die den Zweck haben, die Einheit und Geschlossenheit oder den Bestand der Gewerkschaften zu gefährden;
4. die Sperrung von Verbandsbeiträgen propagieren oder selbst durchzuführen und damit die Aktionsfähigkeit der Organisation in Frage stellen;
5. durch Wort und Schrift die zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben unerlässliche Disziplin zu untergraben versuchen.

Befolgte Angestellte des Verbandes, die sich eines Verstoßes gegen die obigen Grundsätze schuldig machen, sind sofort ohne weitere Gehaltszahlung zu entlassen.

Der Beirat und die an ihm beteiligten Körperschaften des Verbandes befähigen deshalb nicht nur die vom Verbandsvorstand beschlossene einstweilige Entlassung des Kollegen Kaspar, sondern beschließen zugleich auch seinen Ausschluß aus dem Verband.

Die Mitglieder der Berliner Ortsverwaltung, die den Kollegen Kaspar zu der Reise nach Moskau beurlaubt haben, werden auf das schärfste gerügt.

Imhof - Pfennig:
Wenzler - Dresden: Der Verbandsvorstand: Die Rede Sünemanns vom Sonntag kann man vollinhaltlich

unterschreiben, nur habe Sünemann die Konsequenz daraus nicht gezogen. Der Verbandsvorstand ist einzig in der Beurteilung des Vorgehens der Zahlstelle Berlin. Selbst die „Freiheit“ hat in einer Notiz das Vorgehen des Verbandsvorstandes durchaus begünstigt. Wenn man uns von gegnerischer Seite unterstellt, daß wir gegen Kaspar vorgehen, nur weil er Kommunist ist, so ist das selbstverständlich falsch. Wir haben nie nach der politischen Ueberzeugung der Mitglieder gefragt, und so soll es bleiben. Aber wir müssen unbedingt verlangen, daß auch kommunistische Mitglieder die Beschlüsse der eigenen Verbandstage und die der Gewerkschaftskongresse einhalten. Wer diese bewußt hintertreibt, könne nicht mehr Mitglied des Verbandes bleiben. Die Gewerkschaften können in ihrem vitalsten Interesse nicht dulden, daß irgendwelche politische Parteien ihnen Direktiven geben. Selbstverständlich soll die Opposition nicht unterbunden werden, eine solche haben wir in den letzten Jahrzehnten immer gehabt. Aber seitdem wir eine kommunistische Ortsverwaltung in Berlin haben, sind planmäßig die Beschlüsse des Verbandsvorstandes sabotiert worden. Die Resolution Müller-Schabader verurteilt wohl die Handlung der Ortsverwaltung, will aber erst im Wiederholungsfall durch Ausschluß vorgehen. Es handelt sich doch aber jetzt schon um Wiederholungen in vielen Fällen, und es hat sich schon bei den früheren Verwarnungen gezeigt, daß die Berliner Ortsverwaltung darauf gepiffen hat. Es bleibt daher, so schwer es uns fällt, nur die letzte Konsequenz, der Ausschluß, übrig. Durch die von der getriggen Mitgliederversammlung angenommene Resolution ist unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen, daß man in Berlin nicht daran denke, die Beschlüsse des Beirats zu respektieren. Das kann sich der Verband nicht länger gefallen lassen.

Schröter - Verbandsausschuß erklärt, daß der Verbandsausschuß mit dem Verbandsvorstand einstimmig der Ansicht ist, wegen der wiederholten Verfehlungen Kaspar und der Ortsverwaltung dieselbe auf das schärfste zu verurteilen, nur wollte er nicht die letzten Konsequenzen daraus ziehen.

Sieger - Heilbronn begründet eingehend eine von ihm eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Die am 9. Mai in Berlin tagenden Körperschaften des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Verbandsvorstand, Ausschluß und Beirat verurteilen aufs schärfste das Verhalten der Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin im Falle Kaspar.

Im Interesse der Einheit des Verbandes und aus Gründen der Toleranz wird vorläufig von einer Amtsenthebung des Kollegen Kaspar abgesehen.

Sollte jedoch in Zukunft eine solche offensichtliche Verletzung der Verbandstags- und Beiratsbeschlüsse sich wiederholen, so stellen sich die betreffenden Kollegen außerhalb des Verbandes und der Verbandsvorstand und Ausschluß ist zu den schärfsten Maßnahmen berechtigt.

Sieger - Müller - Leipzig - Schabader.

Hildebrandt - Berlin: Es fällt uns schwer, für die Kommunisten ein gutes Wort einzulegen, denn wir als U.S.P.-Kollegen haben ja stets die meisten Prügel einzusteden. Die ganzen Berliner Versammlungen sind nur noch politische Auseinandersetzungen. Dennoch dürfen wir nicht leichten Herzens den Trennungsschritt ziehen, aber man muß endlich den Quertreibern einen Riegel vorziehen. Durch ein Zusammengehen der U.S.P. mit der S.P.D. wäre viel Unheil verhütet worden und tief zu bedauern ist, daß dieses notwendige Zusammengehen bei den letzten Wahlen der Angestellten in Berlin nicht zustande kam. Die Annahme der Resolution Imhof-Pfennig würde aber zu den verworrensten Zuständen führen. Jedoch sei es zweifellos, daß in schärfster Weise gegen die Ortsverwaltung Berlin vorgegangen werden müsse.

Müller - Halle: In Halle sei die Verwaltung durchaus kommunistisch. Er gibt ein Bild von den Zuständen dort. Zur Tagesordnung übergehend, warnt er vor dem Ausschluß Kaspar. A. will ohne Frage das Beste für den Verband wie jeder andere auch, nur bei sein Weg ein anderer. Man solle nicht vergessen, daß bei einem Ausschluß Kaspar mindestens alle die mit ihm gehen werden, die ihn vor wenigen Tagen als Bevollmächtigten wiedergewählt haben. Diese Konsequenz müsse man klar erfassen. Er empfiehlt die Annahme der oben wiedergegebenen Resolution Müller-Sieger.

Herzog - Berlin: Wenn Michaelis wegen der gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen auf die Richtlinien des Brandenburgischen Bezirksverbandes verwiesen, dann könne er erklären, daß nicht blindlings danach gehandelt würde. Man könne ihnen noch keine gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit nachweisen. In den Richtlinien der Konferenz von Halle, die für ihn heute noch maßgebend sind, wird lediglich die Re-

volutionierung der Gewerkschaften verlangt. Für die Haltung der Parteigenossen könne man sie nicht verantwortlich machen, es hat stets eine Differenz zwischen Partei und Gewerkschaft bestanden. Durch das Vorgehen der rechten Seite wird die größte Intoleranz geübt und gewedt. Auch durch die Schreibweise der „Buchbinder-Zeitung“ wird unsere Schlagkraft gelähmt und die Mitglieder gegen die Zahlstelle Berlin aufgehetzt. Differenzen mit Berlin hat es schon immer gegeben, man solle sie aber wie damals auf glückliche Weise schlichten. Mit einer Gewalttat nützt man dem Verbande nicht. Man kann auch Kaspar's Haltung in keiner Weise als gewerkschaftsfeindlich hinstellen, denn gerade Kaspar ist stets für die Geschlossenheit des Verbandes eingetreten. Die Resolution Imhof-Pfennig ist geradezu verderbenbringend für den Verband und bei ihrer Annahme müßte auf jeden Fall ein außerordentlicher Verbandstag stattfinden.

Hierauf wird einem Geschäftsordnungsantrage gemäß beschlossen, daß die einzelnen Fraktionen zu den vorliegenden Resolutionen gebondert Stellung nehmen, um dann evtl. durch eine Kommission eine gemeinsame Resolution auszuarbeiten. Schluß der Vormittags Sitzung um 1 Uhr.

Nach wiederholten Sonderbesprechungen der einzelnen Fraktionen, wird die Plenarsitzung um 1/2 Uhr wieder eröffnet und eine von der S.P.D. und U.S.P.-Fraktion gemeinsam gefasste Resolution vorgelegt, die folgenden Wortlaut hat:

Entschließung des Beirats.

Der Beirat des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands erklärt im Anschluß an die im November 1920 von der Beiratsitzung angenommene Resolution durch nachstehende Richtlinien die Interessen unseres Verbandes nach allen Seiten wahren zu wollen. Er ist durchdrungen von dem Gedanken, dadurch die Einheit unseres Verbandes weiser zu fördern.

1. Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter ist aufgebaut nach dem Grundsatz vollkommener Demokratie. Er trägt keines seiner Mitglieder nach politischer und religiöser Anschauung.
2. Maßgebend für alle seine Mitglieder sind das Verbandsstatut, die Beschlüsse des Verbandsvorstandes, des Ausschusses, des Beirates, der Verbandstage, der Gewerkschaftskongresse und der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale.
3. Wer als Mitglied des Verbandes diesen von der Mehrheit der Mitglieder gebilligten Beschlüssen entgegenhandelt, stellt sich selbst außerhalb der Organisation und begibt sich dadurch aller Anrechte an dieselbe.
4. Der Beirat bringt hiermit zum Ausdruck, daß Verbandsmitglieder sehr wohl einer kommunistischen Partei angehören können, er erklärt zugleich aber auch, daß dieselben aus dieser ihrer Parteizugehörigkeit nicht das Recht für sich herleiten können, innerhalb der Organisation entgegen den in Ziffer 2 angeführten Beschlüssen handeln zu dürfen.
5. Zu den Vorgängen in der Zahlstelle Berlin beschließt der Beirat: Die Ortsverwaltung hatte kein Recht, den Kollegen Kaspar zum allrussischen Kongress der polygraphischen Gewerbe zu beurlauben, wie ihr auch das Recht nicht zugesprochen werden kann, Kaspar 4 Wochen Urlaub zum Zwecke einer Informationsreise zu bewilligen. Diese Handlung stellt einen groben Vertrauensbruch gegenüber unserer Organisation dar und wird auf das schärfste gerügt.
6. Der Beirat billigt den Beschluß des Verbandsvorstandes, die vorläufige Amtsenthebung des Kollegen Kaspar betreffend, hebt jedoch diesen Beschluß auf und spricht aus, daß bei weiteren Verstößen gegen die in dieser Resolution

niebengelegten Richtlinien nicht nur die Amtsenthebung, sondern der Ausschluß in Betracht kommen soll.

7. Der Beirat erteilt dem V.-V. den Auftrag, gegen diejenigen Mitglieder mit allen statutarischen Mitteln vorzugehen, und gegebenenfalls den Ausschluß zu vollziehen, welche gegen die in Ziffer 2 gezeichneten Grundsätze verstoßen.

8. Besoldete Angestellte des Verbandes, die sich eines Verstoßes gegen die obigen Grundsätze schuldig machen, sind sofort ohne weitere Gehaltszahlung zu entlassen.

9. Der Beirat bringt mit diesen Richtlinien zum Ausdruck, daß er damit keinem Verbandsmitgliede zu nahe treten will, doch soll allen Mitgliedern zum Bewußtsein gebracht werden, daß das Verbandsstatut und diese Richtlinien unbedingt einzuhalten sind, wenn die Einheit unseres Verbandes nicht gefährdet werden soll.

Diese Resolution wurde bei der ohne Debatte folgenden Abstimmung gegen die 4 kommunistischen Stimmen angenommen.

Herzog-Berlin gibt dazu im Namen der vier Reinslager die Erklärung ab, daß sie als Gegner der Resolution sich ebenfalls gegen jede gewerkschafts-zerkündende Tätigkeit erklären, doch hätte man die Disziplinarverwaltung hören müssen, um sich ein objektives Bild von dem Verhalten derselben machen zu können.

Hildebrandt-Berlin erklärt, nachdem die Resolution angenommen ist, muß es unsere besondere Aufgabe sein, die Berliner zu einem entsprechenden Handeln zu veranlassen.

Hauelfien-Verbandsvorstand bringt zu der Erklärung Herzogs zum Ausdruck, daß auch die vier Gegner sich sonst mit dem Inhalt der Resolution einverstanden erklären und danach handeln wollen, was von Herzog durch Jurus bestätigt wird. In bezug auf die Vorwürfe gegen die Schreibweise der „Buchbinder-Zeitung“ erklärt er, daß die Artikel in dieser nur immer Antworten auf Angriffe der Berliner Verwaltung darstellen. Man möge dort Einkehr halten und werde dann auch sehen, daß im Verbandsorgan eine andere Haltung Platz greifen wird. Er bedauert, daß die Berliner Verwaltung einen großen Teil des Briefwechsels mit der Verbandsleitung im „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht habe. Es könne doch sehr wohl einmal etwas geschrieben werden müssen, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Ferner bedauert er, daß sich — vornehmlich in Berlin — in unserem Verbands nach politischen Richtungen orientierte Fraktionen gebildet haben. Die Zeiten seien doch zu ernst, um solche Zersplitterungen zu treiben. Er hoffe, daß jeder Einkehr bei sich selbst halte und so mit zu einer Gesundung der Verhältnisse in unserem Verbands beitrage. (Allgemeine Zustimmung.)

Damit hat sich die Tagesordnung erschöpft und nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die 4. Tagung unseres Beirats am zweiten Verhandlungstag abends 8 Uhr geschlossen.

Entscheidungen des Tarifamtes für das Buchbindergewerbe.

Berlin, den 20. April 1921.

1. Die Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen der Firma R. u. E. in Hannover fordern die Bezahlung der auf den Bußtag entfallenden Teuerungszulage und die Akkordarbeiter der Firma L. in Eberfeld fordern die Bezahlung des Buß- und Betages.

Entscheidung: Wo bisher außer den sechs in den §§ 50, 51 des Reichstarifvertrages vorgesehenen Feiertagen noch ein weiterer Feiertag bezahlt worden ist, soll eine Verschlechterung für die Arbeitnehmer nicht eintreten. Soweit die Bezahlung der sechs Feiertage (§§ 50, 51 RT.) und eines weiteren stehenden Feiertages einen Mehrlohn ergibt, soll der Mehrlohn bezahlt werden.

Hierauf schließen die Parteien zur Befriedigung der Zweifel wegen Auslegung des § 52 RT. auf Anregung des Tarifamtes folgenden Vergleich:

Die Firma R. u. E., Hannover, zahlt an ihre Akkordarbeiter und -arbeiterinnen für den Bußtag von 1920 die Teuerungszulage von 1919. — Die Firma L., Eberfeld, zahlt an ihre Akkordarbeiter für den Bußtag 1920 den sechsten Teil der Differenz der Wochen-

löhne, die in den Wochen, in die jeweils der Bußtag von 1914 und 1919 fiel, galten. Wegen 1921 verzichten beide Parteien auf eine Entscheidung durch das Tarifamt unter der Voraussetzung, daß eine Klarstellung der Frage durch die Neufassung des Tarifes erfolgt.

2. Die Zahnstelle Chemnitz erhebt Klage gegen die Firma B. in Chemnitz wegen nicht richtiger Auslegung der Ziffer 75 des RT.

Nach streitiger Verhandlung wird der Klageantrag zurückgezogen, nachdem das Tarifamt unter Hinweis auf die Entscheidung 1 des Tarifamtes vom 30. Oktober 1920 erklärt hat, daß für die Entlohnung der über 16 Jahre alten geübten Arbeiterinnen nur die Berufsjahre nach vollendetem 16. Lebensjahre maßgebend sind.

3. Eine Kollegin der Zahnstelle Leipzig, die über ein Jahr in der Buchbinderei beschäftigt war, hat Stellung in einer dortigen Briefumschlagfabrik angenommen in der Erwartung, daß ihr der zugesicherte Lohn der geübten Arbeiterin gezahlt werde. Die beklagte Firma K. hat die Bezahlung des geforderten Lohnsatzes abgelehnt mit der Begründung, die Buchbinderei, in der die Arbeiterin vorher war, sei kein gleichartiger Betrieb und die Arbeiterin sei daher als Angestellte zu entlohnen.

Nach streitiger Verhandlung schließen die Parteien folgenden Vergleich: Die beklagte Firma verpflichtet sich, für die Hälfte der in Frage kommenden Zeit den höheren Lohn nachzuzahlen. Im übrigen fällt das Tarifamt keine grundsätzliche Entscheidung, was unter „gleichartiger“ Betrieb im Sinne der Ziffer 97 des Tarifes anzusehen ist. Ebenowenig wurde festgelegt, ob zur Feststellung eines gleichartigen Betriebes der Uebergang aus einer Buchbinderei in einen Briefumschlagbetrieb ohne weiteres genügt oder ob noch eine gleichartigere Beschäftigung zu fordern ist.

4. Der Gau Schlesien unseres Verbandes klagt gegen den Deutschen Buchdruckerverein, Kreis IX, auf Festsetzung der Besatzungszulagen für das besetzte Gebiet Oberschlesiens.

Die Parteien sind sich darüber einig, daß vom 1. Februar an die Zulagen zu bezahlen sind, und daß über die Höhe bis zum 3. Mal im Kreisverein die erforderlichen Verhandlungen geführt werden sollen. Erfolgt bis dahin keine Einigung, entscheidet das Tarifamt.

5. Der Gau Schlesien unseres Verbandes fordert Klarstellung der Ziffer 1 des Zusatzvertrages für Buchdruckerinnen betr. die Gültigkeit des Vertrags. Des weiteren eine Entscheidung wegen des Absatzes II der Schlussbestimmungen.

Bezüglich der Ziffer I des Zusatzvertrages sind während der Tarifamtsverhandlungen zwischen Vertretern der beiderseitigen Verbände Verhandlungen geführt worden über eine neue präzisere Fassung. In den demnächst bevorstehenden gemeinsamen Verhandlungen wegen der Lohnfrage soll die in Aussicht genommene Fassung zum Beschluß erhoben werden.

In Sachen des Absatzes II, der Schlussbestimmungen ergeht der Entscheidung: Die Breslauer Vereinbarung gilt als abgelöst.

6. Die Ortsverwaltung Görlitz erhebt Klage gegen die Firma R. u. St. wegen nichttariflicher Bezahlung eines Gehilfen.

Nach Kenntnisnahme des Klageantrages beschließt das Tarifamt, dem Kläger aufzugeben, entweder die Streitfrage erst durch örtliches Schiedsgericht entscheiden zu lassen oder genau festzustellen, ob die beklagte Firma Mitglied des Deutschen Buchdruckervereins ist.

7. Die Zahnstellen Chemnitz und Zwickau klagen gegen den Deutschen Buchdruckerverein, ab 1. Februar 1921 die Uebergangsbestimmungen des Tarifs für Buchdruckerbuchbinder in Kraft treten zu lassen.

Nach streitiger Verhandlung wird folgender Vergleich geschlossen: Die Parteien sind darüber einig, daß für Februar und März 1921 die tarifliche Zulage gemäß Abschnitt V, Uebergangsbestimmungen und außerdem die Hälfte der im Januar bereits gewährten Zulage und vom 1. April 1921 ab die eigentlich vom 1. Mai ab fällige weitere Rate gezahlt wird. Auch die weiteren Raten sollen bereits im Juli und Oktober anstatt im August und November fällig sein.

8. Der Gau Hannover fordert für die Zahnstelle Kassel die Anerkennung der Ortsklasse III mit der Begründung, daß in der Zwischenzeit für die Buchdrucker eine Erhöhung des Lokalausmaßes eingetreten sei.

Entscheidung: Das Tarifamt erklärt sich für unzuständig.

9. Die Gauvereinigung Hamburg klagt gegen den Deutschen Buchdruckerverein Oldenburg auf Einführung des Reichstarifs für die Buchdruckerbuchbinder.

Auf Grund gegebener Erklärungen stellte Kläger heute keine Anträge, sondern behält sich, wenn eine

außertarifamtliche Regelung nicht erfolgt, eine Neu- ladung vor das Tarifamt vor, nachdem Herr St. erklärt hatte, daß durch die heute zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands abgeschlossene Vereinbarung über den Geltungsbereich des Tarifes für die Buchdruckerbuchbinder eine Regelung der Streitfrage zu erwarten ist.

10. Die bei den Firmen L. und B. in Göttingen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fordern Anerkennung und Bezahlung nach dem Reichstarif für die Buchdruckerbuchbinder durch die Firmen.

Das Tarifamt beschließt, die Arbeitgeber zu einer Neuerung binnen 14 Tagen aufzufordern, ob sie mit Rücksicht auf die heute getroffene Vereinbarung über den Geltungsbereich des Tarifvertrags für die Buchdruckerbuchbinder ihren Betrieb als unter diesen Tarif fallend anerkennen und ihnen dabei beizulegen, daß nach Ansicht des Tarifamtes Sondervereinbarungen, durch die eine Umgehung des Tarifes herbeigeführt wird, unzulässig sind.

11. Die bei der Firma Sp. in Magdeburg beschäftigten Gehilfen fordern, daß bei der Gewährung der Ferien die Bezahlung in der Firma mit als Beschäftigungszeit angerechnet werde.

Entscheidung: Die Firma L. Sp. in Magdeburg ist verpflichtet, ihren von der Klage betroffenen Gehilfen bei der Bemessung des Urlaubes die Bezahlung als Beschäftigungszeit anzurechnen.

12. Klage der Zahnstelle Dresden gegen die Firma R. u. S. auf Zahlung der Sätze des Lohnabkommens vom 20. Januar 1921.

Entscheidung: Die Firma R. u. S. Dresden ist gehalten, die im Lohnabkommen vom 20. Januar 1921 für Dresden festgesetzten Löhne zu zahlen.

13. Die Zahnstelle Leipzig beantragt die Einreihung von Brandis i. S. in eine höhere Ortsklasse des Briefumschlaglagers.

Entscheidung: Das Tarifamt erklärt sich ebenso wie im Falle Kassel für unzuständig.

14. Antrag des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer auf Entscheidung in folgenden Fragen:

1. Das Tarifamt möge entscheiden, daß in den Fällen, in denen in einen Betrieb im Kriege mehr Lehrlinge eingestellt sind, als nach Tarif zulässig ist, nur ein allmählicher Abbau der Lehrlingszahl geschieht, bis die im Tarif vorgegebene Zahl erreicht wird.

2. Das Tarifamt möge entscheiden: Fallen Ferien in eine Zeit, in der verürzt gearbeitet wird und eine dementsprechende Bezahlung erfolgt, so haben die Arbeitnehmer für diese Ferientage auch nur Anspruch auf den ver kürzten Lohn.

Auf die Erklärung der beklagten Partei, daß sie sich zu diesen Streitfragen nicht äußern könne, da sie auf den Antrag unvorbereitet sei, wird beschlossen: Dem Antragsgegner wird aufgegeben, sich zu der Sache zu äußern. Auf Antrag wird sodann eine neue Verhandlung erfolgen.

Der orientalische Bucheinband.

Die Formen des Orients haben in dem Weltreit aller Völker auf dem unerhöplichen Gebiete der Kunst sich einen hervorragenden und vollmerigen Platz zu sichern gewußt. Aufgebaut auf einer ausgereiften Aesthetik zeigt die orientalische Kunst einen so tiefen Gehmaß, daß das Kunstgewerbe sich ihrer immer mit Erfolg bedienen wird. So auch die Buchbinderkunst, die in den Kunstformen des Orients wohl mit die wirkungsvollsten Ausdrucksmittel nach der dekorativen Seite hin besitzt.

Der orientalische Bucheinband hat seine Geschichte, wie der europäische, in zahlreichen Kunstperioden. Noch heute finden wir in der Technik der modernen Buchbinderei eine Reihe von Sachausdrücken, die orientalischen Ursprungs sind. Es sei nur an Korduan, jenes narbige Ziegenleder von Kordova erinnert, der bekannten spanischen Stadt mit der ehemals vorherrschend maurischen Bevölkerung. Noch mehr erweist das von den Franzosen und auch bei uns als Maroquin bezeichnete feine Ziegenleder orientalische Erinnerungen, da dieses Leder nach Marokko benannt ist, welches sich als Sitz einer technisch hochstehenden Lederindustrie einen Namen gemacht hat. Die Araber sind seit Jahrhunderten, schon vom Mittelalter ab, Meister in der Zubereitung und Verarbeitung des Leders, und mit dem siegreichen Vorbringen arabischer Völkerstämme nach Spanien konnte es nicht ausbleiben, daß hiermit gleichzeitig im Süden dieses Landes die arabische Kunst der Lederbehandlung, insbesondere bei der Stadt Kordova, festen Fuß faßte. Auch das Chagrinerleder wurzelt seiner technischen Entstehung nach im Orient. Diese Lederart verdanken wir den Türken. Von ihnen ist auch die sprachliche Bezeichnung genommen, die dann zuletzt allerdings unter französischen Spracheinfluß geriet. Das Wort chagrin entstammt dem türkischen zagri, das Rücken oder Kreuz bedeutet. Man entnahm dieses Leder nämlich

aus dem Kreuz oder Rücken des Esels oder Maultieres; hierauf griff eine besondere Behandlung Platz. Die kugelförmigen harten Samenförner der wilden Weide (*Chenopodium album*) werden in die Oberflache des weichen Leders eingedrückt und alsdann wieder herausgeklopft. Das Leder wird hierauf einer Bässerung unterworfen, was zur Folge hat, daß die durch die Samenförner eingedrückten Vertiefungen aufquellen und so zur Bildung der halbkugelförmigen Körnungen auf der Oberflache des Leders führen.

Was nun die Heftungsart der arabischen, türkischen oder persischen Bücher anbelangt, so bestehen in einigen Punkten Abweichungen von unseren Heftungen. Ein grundsätzlicher Unterschied in der europäischen Heftung gegenüber der orientalischen besteht vornehmlich darin, daß nicht auf Bünde geheftet wird. Der Heftfaden wird einfach im ersten Drittel des Rückens in die Lage eingestochen, im zweiten Drittel wieder herausgeführt und hiernach sogleich in den nächsten Bogen eingestochen. So schlingt sich der Heftfaden durch das ganze Buch hin und zurück.

In der Geschichte des orientalischen Bucheinbandes hat sich bis jetzt das Vorkommen von Holzdeckeln für Bücherzwecke, wie wir solche aus dem Mittelalter des Abendlandes kennen, nicht nachweisen lassen. Lediglich Pappe war das hierfür in Frage kommende Material, wobei es sich entweder um geschöpfte oder gegaußte, also frisch zusammengepreßte Pappe handelte. Manchmal sieht man auch diesen Zweck durch zusammengesetzte Papierblätter erreicht.

Abweichungen finden wir auch bei der orientalischen Buchbindetechnik in der Verbindung von Buchkörper und Decke. Im Orient pflegt man den Rücken des Buchkörpers mit einem Stück Zeug zu überziehen, dessen überstehende, fliegende Enden auf dem Deckel aufgelegt werden. Das Abstreifen ist übrigens von einer außerordentlichen Festigkeit. Das Kapital, aus bunter Seide gefertigt, wird oben und unten durch die Bogen und durch den Bezugstoff des Rückens durchgezogen und so die Verbindung zwischen Buch und Rückenbezug hergestellt. Der Schnitt wird in demselben Sinne wie bei uns behandelt, entweder bleibt er weiß, oder es wird mit Pinsel eine farbige Aufstrichung vorgenommen. Ein sehr kennzeichnendes Merkmal an orientalischen Büchern bildet jedoch die Deckelklappe, welche, von einem Deckel auslaufend, den anderen in der Regel bis zur Hälfte überschlägt. Die Klappe zeigt an den beiden Seiten meistens eine Aufschrägung im stumpfen Winkel.

Der eigentliche dekorative Buchschmuck des Orients kam aus seiner Eigenart heraus zur Schöpfung völlig neuer Kunstformen. Das unerlöschliche Merkmal aller orientalischen Dekoration ist die rein ornamentale Gestaltung, der jedes Tiermotiv oder Portrait fremd ist. Nur wenige persische Bucheinbände müssen hier als Ausnahme genannt werden. Bei diesen findet man das Ornament mit einem Tiermotiv in künstlerischer Weise verknüpft. Für den übrigen Orient scheiden jedoch derartige Buchdekorationen aus. Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß die islamistische Kunst das Fischornament zu einer künstlerischen Vollendung und Vollkommenheit entwickelt hat, wie es in dieser Weise dem Abendland bei weitem nicht gelungen ist. Eine geradezu großartige Beherrschung der Form befand sich in diesen orientalischen kunstgewerblichen Schöpfungen, mit denen das Morgenland gegenüber seiner sonstigen Kultur weit vorausgeht erscheint. Wir meinen oft vor einem unläßbaren feinsten Wirrwarr von Ranken, Blumen, Ranken und Blüten zu stehen, die, scheinbar ziellos hingestreut, sich zuletzt doch künstlerisch zu einem symmetrischen Ganzen vereinigen. Folgendes dekorative Wirkung, begleitet von einer herrlichen Farbenpracht, weiß so der Orientale zu schaffen, den man angesichts dieser künstlerischen Leistungen ein von starker Selbstheit getragenes Stillsitzen zusprechen muß. Es sei hier auch an jene freien Ornamentgebilde erinnert, die von den Arabern den Namen „Arabesken“ führen und als ein wesentlicher Bestandteil der dekorativen Kunst gleichfalls orientalischer Herkunft sind. Gerade die älteren orientalischen Bucheinbände lassen bei dem feinsten Fischornament eine große Feinheit und Sauberkeit der Arbeit erkennen, die ein Merkmal des morgenländischen Kunstgewerbes ist und die nachzubilden das Abendland in früheren Jahrhunderten sich nicht gewachsen zeigte. Die technische Grundlage, auf der die orientalischen Buchbinder in früheren Zeiten die so überaus feinen Goldlinien ausführten, hat sich bis heute nicht mit Sicherheit feststellen lassen. Einzelne dieser Linien, besonders wenn sie dem Mittelteil angehören, wurden mit dem Stiff in das Leder eingeriffen und über dem Blattgold nachgezogen, um hiernach poliert zu werden. Die Einschlagung der Punkte erfolgte mit der Punze. Zur Herstellung der reifenartigen Mittel- und Eckstücke verwendete man Matrizen aus Kamelhaut, ein Verfahren, das besonders in der Türkei üblich war. Die einsuppreßenden Muster wurden in ein Stück gehärteter Kamelhaut eingeschnitten. Hierauf schnitt man die

Grundform der zu verzierenden Teile aus dem Leder gleichfalls aus, schärfte das Leder fein zu, feuchtete es an und preßte es nunmehr kräftig in die Formen der Kamelhaut ein, so daß das Lederstück den gewünschten Heral erhielt. Hierauf wurde das Muster oder der Grund vergolbet und das Lederstück alsdann wieder an den alten Platz eingeklebt. Infolge der Zuführung des Lederstückes lag dieses hier auf der eigentlichen Lederbezug. Derartige Kamelhautmatrizen für Mittel- und Eckstücke befinden sich im Besitz des Berliner Kunstgewerbemuseums und in der Sammlung des Zentralgewerbevereins zu Düsseldorf. Es mag jedoch hervorgehoben werden, daß man auch im Orient schon frühzeitig die Anwendung des Plattenstempels kannte, insbesondere auch für den Zweck des gepunzten Grundes. Ebenso lassen sich auf historischen Bucheinbänden des Orients Knotenmuster nachweisen, die mit kleinen, zusammengefügten Leisttempeln hergestellt wurden.

Die orientalische Vergoldung zeigt einen überwiegend reichen Charakter. Die Art der Vergoldung selbst wird teilweise durch Goldstaub, der auf einem Firnisüberzug aufgestäubt wird, bewirkt, andererseits aber auch durch Blattgold erreicht. Man trifft aber auch orientalische Einbände an, bei denen die Verzierungen mit Goldbronze auf dem Lederdeckel gemalt wurden, wobei es sich allerdings um meist minderwertige kunstgewerbliche Arbeiten handelt. Eine andere Technik des Orients bestand darin, Ornamente mit dem Messer aus sehr dünnem, zugeschnittenem Leder auszuschnitten und in vertiefte Felder einzulegen. Gerade in dieser Manier haben die Orientalen ganz hervorragendes geleistet. Diese überaus feinen, zierlichen Schnitarbeiten, die die wunderbarsten Muster zeigen, ringen uns heute rückhaltlos Bewunderung ab, da es kaum gelingen will, durchbrochene Ornamente von dieser Schönheit und Zierlichkeit neu zu schaffen. Eine klassische Stätte für orientalische Bucheinbände, wo Geschichte und Technik dieser hochentwickelten morgenländischen Kunst ersprieht zur Darstellung kommt, bildet die Bibliothek des Sultans zu Konstantinopel, die die herrlichsten Schätze orientalischer Buchbinderkunst birgt.

Bekannt ist, daß der orientalische Bucheinband einen außerordentlichen Einfluß auf die künstlerische Gestaltung des Renaissancebuches in derokatorer Beziehung gewonnen hatte, auch kann diese im gleichen Sinne von der Technik gesagt werden. So sehen wir allerdings heute die orientalische Buchdekoration aus unserer modernen Buchkunst verbannt, vielleicht zu Unrecht, da seit jeder Stil und Farbenpracht des Orients das Auge des europäischen Kunststimmers entzückt hat. Es sei nur an ein anderes Gebiet erinnert, an die Bekunstung, wo insbesondere der orientalische Teppich dauernd das Feld künstlerisch zu behaupten weiß.

Dr. P. Martell.

Ueber Vergangenes und Zukünftiges

macht Kollege Lange im Dresdener Jahresbericht Ausführungen, von denen manches für die Allgemeinheit von Interesse sein dürfte. Deshalb bringen wir an dieser Stelle einige Stellen daraus zur Veröffentlichung. Unter anderem wird in der Einleitung gesagt:

Wiederum ist bewiesen, daß in den gefährlichen Weilen des Wirtschaftsmerees glücklicherweise zur Vermeidung des Unterganges gleichsam wie Leuchttürme die Gewerkschaftsorganisationen gestanden haben, darunter auch unser Verband, der gleichfalls eine sehr rege Tätigkeit zu entfalten hatte.

Wenn sich nur die Besatzungen und Passagiere der einzelnen Organisationschifflein mehr über Fahrtrichtung und Belämpfung der stürmischen Elemente einig wären, dann würde uns noch viel weniger Gefahr drohen können. Die wenigen Tätigen können jedenfalls ohne Ueberhebung mit dem Geleisteten nach Lage der Dinge sehr zufrieden sein.

Wir verhechten uns nicht, daß wir in mannigfachen Fällen, zumal bei den noch ungeschulten Mitgliedern, die die obwaltenden Verhältnisse nicht genügend in Rechnung stellen können, statt Zustimmung Verdrossenheit erzeugt haben. Sind uns doch auch Beweise gegeben, daß man mit ungereimten Urteilen gegen die „falsch operierende“ Leitung mächtig vom Leder gezogen hat. Nicht immer war es uns möglich, den Hörglern oder Aufbrausenden ihre Verkennung der Tatsachen plausibel zu machen. In solchen Fällen mußten wir und müssen wir uns auch für die Zukunft mit der Erkenntnis und unserm alten Wahlspruch trösten: „Die Geduld reißt immer am falschen Ende.“ Doch wer da fährt nach großem Ziel, der lern' am Steuer ruhig sitzen, ungeachtet, ob am Kiel Lob oder Tadel hoch aufspritzt.

Nach längeren Auslassungen über die Schwierigkeiten der Tarifverhandlungen und Be-

triebsdifferenzen heißt es: Es ist daher nicht zu verwundern, daß das Verhandlungsbarometer oftmals auf „Sturm“ stand. Nebenher waren wir aber häufig genötigt, mit einzelnen Firmeninhabern einen ausgedehnten Kleinstampfs zu führen. Gab es doch welche, die es „direkt empörend“ und ganz unfassbar fanden, daß „Buchbinder“ sich auch aufgerafft hätten, um endlich die längst ausgetretenen Geleise ihrer bisherigen Lebensordnung zu verlassen. Weiter galt es als eine Verneinung sondergleichen, dieselben oder gar noch „höhere“ Lohnsätze zu verlangen, als die Schwager Buch- und Steinbruder beanspruchten. Manch „Gewaltiger“ leistete sich im Kleinstampfs sogar recht niedliche Unverschämtheiten. Der verfluchte Verband sann nach ihrer Meinung nur auf den Ruin der Industrie und des Handwerks. Ausdauernd, festschlossen und gemessenen Schrittes galt es deshalb, manchem solcher Straßmeier entgegenzutreten. Für uns mußte eben oftmals ungewollt das Berliner Lösungswort gelten: „Nur immer mit die Ruhe!“ Mancher der Herren, die sich immer gleich kampfbereit gegen unsere zwingenden Forderungen aufpflanzten, hat heute dieselbe eingegeben, daß es unnütze Kettenaufpeitschung bedeutet, sich wegen Notwendigkeiten bis zur Siedehitze aufzuregen.

Im Abschnitt über Kassenwesen wird den Mitgliedern erklärt, welche falschen Beariffe sich über „gefüllte Kassen und Knidrigkeit der Verwaltungen“ eingeschlichen haben. Hieran anschließend sagt der Berichtskollege: Die außerordentlich hohen Ausgaben, die wie im Haushalt, so auch in unserer Verwaltung erforderlich waren — erwähnt seien nur die hohen Preise für Papier und anderen Bureaubedarf, erhöhte Gehälter und Entschädigungen, die gestiegenen Mietpreise für Bureau- und Versammlungsräume, die wesentlich hohen Druckkosten — stehen uns verhältnismäßig viel weniger Rücklagen ergötzen, als das früher der Fall war. Hieraus mögen die Mitglieder entnehmen, daß es gar nicht zutrifft, wenn behauptet wird, der Vorstand trachte nur nach einer überfüllten Kasse, auf die er dann ängstlich die Hände legen wolle. Im Gegenteil ist, wie die Uebersetzung lehrt, die Beitragserschöpfung viel zu spät und ungenügend erfolgt und diejenigen haben Recht, die behaupteten, daß die Mitglieder in bezug auf finanzielle Opfer immer vom Vorstand aus behandelt würden wie ein schalloses Ei. Das finden wir auch bestätigt, wenn wir uns die Beiträge der anderen graphischen Berufe ansehen, mit denen wir doch gerne zu einem gemeinschaftlichen Industrieverband kommen wollen. Die Buchdrucker und Steinbruder, die jetzt fast dieselben Böhne haben als unsere Kollegen, zahlen bedeutend mehr an Beiträgen, ebenso hat sich der Druckereibedarbeiter- und Arbeiterinnen-Verband schon längst zu höheren Beiträgen, als bei uns jetzt noch üblich, aufgeschwungen. Wer deshalb nicht oberflächlich urteilt, muß zu entgegengekehrter Anschauung kommen als oben erwähnt. Die Entmischung auf dem Geldmarkt schafft eben heute leider ganz verkehrte Geldwertbegriffe gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Hiernach muß aber der Maßstab angelegt werden, wenn man sich über unser Kassenresultat ein zureichendes Bild machen will. Bei der sicheren Voraussicht auf kostspielige Kämpfe, die wir zu erwarten haben, wäre also eine ganz bedeutende Stärkung der Kassen vonnöten. Wir hoffen, daß diese keine Ueberschwemmung genügt, um der falschen Schwärmer von sehr hohen Beiträgen und Geldhamsterei Einhalt zu bieten und die Mitglieder selbst einsehen lernen, daß unsere „Opfer“ unzureichend sind.

Ueber Zukunftsarbeit der Mitglieder und Verwaltung lesen wir in den Schlussbemerkungen: Immer noch schleicht schwere Sorge durch die Gassen und Häuser des arbeitenden Volkes. Viele lassen sich durch den Druck der Not in ihrer Unbildung zu sinnlosem Tam und Treiben verleiten. Wir haben aber danach zu trachten, daß bei unserm ganzen Handeln nur der gewigte Bestand gebietet, der uns lehrt, die Unvollkommenheiten in der menschlichen Gesellschaft mit dem Schwert des Geistes zu bekämpfen, bemüht und geschlossen für baldige Umgestaltung tätig zu sein. Lassen wir daher alles Bittere in den Hintergrund treten. Stellen wir uns immer kampfbereit ein, um unsere Berufs- und Lebensverhältnisse in vernünftiger Weise besser zu gestalten. Kämpfen wir für eine edle Menschengemeinschaft. Richten wir also die Blicke aus des Lebens Dunkel in eine lichtere Zukunft. Widmen wir uns auch mehr noch als bisher unserem beruflichen Nachwuchs. Berge niemand, daß die Jugend unser baldiger Mitkämpfer und späterer Sachverwalter sein soll. Lassen wir daher der Jugend besonders die nötige Liebe zur praktischen Ausbildung und würdigen Erziehung angedeihen, im Fach sowohl, wie in der Menschheitskultur. Pflanzen wir ihr Verantwortlichkeitsgefühl und nebenher sonnige Lebenslust ins Herz. Zeitig genug noch wird sie das schwere Dasein am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Wenn einst Hebel ge-

sagt hat: „Das Leben ist eine in siebenfaches Goldpapier eingewickelte Bittermandel“, so wollen wir eben deshalb in hingebender Kollegialität, in liebevollster Freundschaftlichkeit die stürmische, für Leiden und Lorbeeren leicht empfängliche Jugend davor beschützen, daß ihr nicht schon beim Eintritt in den Beruf das zukünftige Dasein als ekelregen, hintergründig vorsteht. Nach gründlicher Klärung des Geistes wird auch die Jugend ein erstrebenswertes Lebensziel vor Augen haben, ihr und ihren Erziehern zur hellen Freude. Wenn auch der gute Wille der Erwachsenen von den Jugendlichen manchmal mißgedeutet wird, wenn auch gelegentlich Ungehörigkeiten und dreist klingende Äußerungen erfolgen, das sind Unüberlegtheiten, über die man erhaben hinwegsehen soll. Nicht deshalb als berufene Pfleger zarter Menschheitstropfen auf die Jugend, verurteilt sie nicht wegen Ungehörigkeiten, seid euch bewußt, dem augenblicklichen Trost und der Bestochtheit wird nach immerwährenden Freundschaftszeichen und nachdem klares Bewußtsein eingesetzt hat, eine Anhänglichkeit und edle Dankbarkeit folgen. Bedenkt: Verständnisvolle Teilnahme und guter Zuspruch wirken so stärfend wie aller Krankenweil.

Kollegen und Kolleginnen! Helfe jeder in Zukunft mit, daß in späteren Berichten immer Günstigeres angeführt werden kann. Wir sind uns als Gewerkschaftsleiter bewußt, daß uns die neue Zeit immer neuere Arbeitsgebiete besetzt. Wir erkennen aber auch schon längst, daß der Kampfcharakter der Organisation bedeutend verbessert werden muß durch eine umfangreiche Bildungsarbeit an den vielen neuen Mitstreitern. Das behauerliche, oftmals plumpe und rohe Durcheinander in den politischen Parteistromungen unserer Zeit ließ es aber immer nicht zu einer ruhigen Sammlung kommen. Diese Einwirkung auf die Gewerkschaftsarbeit war nicht immer günstig. Besonders dann nicht, wenn sich nicht vorgeworbene Menschen berufen fühlten, eine häßlich erwerbene „Weltanschauung“ im Eiltempo auch andern einzupflanzen. Solche Halb- oder gar nur Halb-Bildung ist keine gute Grundlage für einen würdigen geistigen Kampf, sondern meist nur krankhafte Berührungsauswüchse der jämmerlichen Kriegsgesetze. Eben darum, weil die Geister abwechselnd außer den nächsten Geldsorgen immer wieder mit allerhand neuen Streitfragen beschäftigt waren, fehlte bei uns die Gelegenheit, durch geeignete Vorträge die so notwendige Geistesvorbildung zur Mitbeteiligung für eine höhere Kulturarbeit zu pflegen.

Niemand sehnt mehr als die Zeitung die Zeit herbei, wo keine weiteren Behinderungen durch die jetzige Verposität der Zuhörer stattfinden und diese Bildungsarbeit planvoller und würdiger einleiten kann. Hoffen wir, daß das Versäumte recht bald nachgeholt werden kann, hoffen wir auch, daß wir bei dieser heiligen Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ein gut Teil ernstlicher Mitarbeiter willkommen heißen können.

Unsere zukünftigen Aufgaben.

Als ich meinen Aufsatz: „Der richtige Weg“, in einer Ruhepause noch einmal durchlas, bekam ich eigentlich einen Schreck, als ich im Schlufabschnitt auf die Stelle stieß, die von der gewerkschaftlichen Dymnokratie handelt. Ich möchte die dort dargelegte Auffassung insofern abschwächen, daß die Lohnerhöhungen der Arbeiter und Angestellten aufgezogen werden durch die fortwährenden Preissteigerungen der notwendigsten Bedarfsartikel. Wir wollen einmal absehen von den Nahrungsmitteln. Wer eben kein Schieber und kein Kapitalist ist, ist nicht imstande, seine Kleidung und Leibwäsche zu ergänzen, besonders dann nicht, wenn eine Familie zu ernähren ist. Wenn wir eine Folgerung aus dieser Tatsache ziehen, dann kann es nur die sein, daß wir uns mit den reinwirtschaftlichen Problemen nicht mehr befassen können, sondern ganz offen und bewußt den Boden der Politik beschreiten müssen. Was ist eigentlich Politik? Darauf würde ich folgende Antwort geben: Politik ist Staatswissenschaft, sie ist eine bestimmte Seite der Volkswirtschaft. Der Staat selbst ist nur das jeweilige Produkt der wirtschaftlichen Gesellschaftsmächte. So war der Feudalstaat des Mittelalters ein anderer als der kapitalistische Staat der Gegenwart, und der sozialistische Volksstaat wird wieder ein anderer sein. Deshalb gilt es, die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse durch die politische Macht zu ergänzen. Die ostelbischen Junker und die westdeutschen Schlotbarone haben ihre wirtschaftliche Macht umgesetzt in politische Macht. Um die Konkurrenz auszuschalten, haben sie die Grenzen des alten Reichs mit Zollschranken verrammelt. Es hieß offene Türen einrennen, wenn ich noch des weiteren dartin wollte, wie der Einfluß der Arbeitgebergewerkschaften das Koalitionsrecht eingeschränkt hat. Deshalb haben auch wir als Gewerkschaften auf

die politische Weltbühne zu treten und politische Macht zu gewinnen. Wir haben bestimmend auf die Preispolitik einzuwirken. Durch den Generalfreikampf haben wir die Konterrevolution der Kapp-Garde niedergezwungen. Wir werden auf der Hut sein und den Putschisten von rechts und links begegnen.

Aber nicht nur äußere Putsch gibt es niederzuhalten, sondern auch die Heberumpelungspolitik innerhalb unserer Gewerkschaften gibt es ungeschickt zu machen. Das beste Mittel dagegen ist die Durchführung echt demokratischer Einrichtungen. Nicht nur Statutenänderungen, sondern auch die Wahl unserer Verbandsvorstände, unserer Ortsverwaltungen und der Verbandsbeamten sollten durch Urabstimmung getätigt werden. Bei solchen wichtigen Anlässen hat das „lowerere Volk“ zu entscheiden.

Die Frau ist der erste Mensch gewesen, der in die Sklaverei gekommen ist. Mit diesen Worten beginnt unser verdorbener Führer Bebel sein schönstes Werk. Und wenn wir uns in so manchen Arbeiterfamilien umsehen, da finden wir, daß mancher Gewerkschaftler noch heute in seiner Frau ein untergeordnetes Wesen sieht. Und doch steht so manche intelligente und tüchtige Frau neben einem Hohlkopf. Wenn auch vieles besser geworden ist, so haben wir doch heute mit manchem Schutt auszuräumen. Die Frau ist ein Vollmensch, darum gleicher Lohn für gleiche Leistung. Bei Aufstellung dieser Forderung bin ich mir bewußt, daß es viele Arbeiten gibt, die für die Frauen nicht geeignet sind. Eine Frau wird nicht als Beschneiderin oder als Presserin arbeiten können, ebensowenig als Wärmoriererin oder als Goldschmittmacherin. Aber grundsätzlich dürfen wir im Tarif keinen besonderen Frauenarbeits haben. Wir müssen auch davon abgehen, unsere Beiträge und Unterstützungen nach dem Geschlecht zu stufen. Die höheren Beitragsklassen müssen grundsätzlich auch den Kolleginnen offen stehen. Ich weiß wohl, der Finanzmensch wird mir bei Heller und Pfennig die Mehrbelastung durch die Frauen vorrechnen, besonders bei der Krankenunterstützung. Aber wenn die Frau durch die Naturbestimmung der Mutterschaft auch eher zu Krankheitsgeneigt ist, dann ist der Mann eben verpflichtet, auch diese Belastung mitzutragen. Ich vermag z. B. nicht einzusehen, warum schließlich eine Verbandsveteranin nicht dazu prädestiniert sein soll, die Invalidenunterstützung zu beziehen. Ihr sollte das Recht zustehen, selbst dann, wenn der seltene Fall eintreten sollte, daß Mann und Frau vom Verband Invalidenunterstützung beziehen sollten. Weg mit den Vorrechten des Mannes. Ein einziges, gleichberechtigtes Menschengeschlecht.

An der Wiege der modernen Arbeiterbewegungen standen zwei Richtungen, welche sich ebenso bekämpften wie dies gegenwärtig geschieht. Beide haben anfangs die wirtschaftliche Bewegung und Bedeutung der Arbeiterklasse unterschätzt. Das freie Wahlrecht und die politische Revolution waren das A und das O ihrer Theorie. Der Staat allein kann die Befreiung der Arbeiterklasse bringen, deshalb muß der Staat erobert werden. Obgleich die Eisenacher die Staatshilfe verwarfen, tam ihr Ziel letzten Endes auch auf die Staatshilfe hinaus. Ich verwerfe durchaus nicht die politische Umgestaltung. Aber das Fundament dieser Umgestaltung muß die Selbsthilfe der Arbeiter und Angestellten sein. Die Träger der sozialistischen Weltanschauung müssen wissen, was Sozialismus ist und wie sozialisiert wird, und vor allen Dingen wie eine sozialistische Wirtschaft geleitet wird. Das Elementarwissen kann nur durch die Gewerkschaften und Genossenschaften gefördert werden. Der Rätegedanke ist nicht nur ein nutzloses, ja ein gefährliches Experiment in den Händen derer, denen wirtschaftliche Beziehungen und Verständnis ein Buch mit sieben Siegeln ist. Er bedarf daher der gründlichen Aufklärung und Belehrung. Um beim nächsten anzufangen, muß ich betonen, daß die Gewerkschaftspressen mehr denn je gefördert werden muß. Es heißt das Pferd beim Schwanz aufzäumen, wenn man hier sparen will. Unsere „Buchbinder-Zeitung“ genügt nicht. Es liegt mir sehr am Herzen, denn unser Rebatteur tut sein Bestes. Aber ein wöchentliches vierseitiges Blatt ist ungenügend. Neben gewerkschaftlichen Kursen für die Betriebsräte brauchen wir eine Arbeiter-Hochschule. Jeden Tag kann man Klagen hören über Klassenjustiz, über Bureaucratismus in Staat, Provinz und Gemeinde. Wir müssen bedenken, daß die Beamten der Justiz, der Ministerien, der staatlichen und kommunalen öffentlichen Ämter bisher Fleisch von den herrschenden Klassen waren. Nur wer Geld hat, kann die oberen Stufen hinaufschwimmen. Wir müssen den Befähigten der Arbeiterklasse die Mittel an die Hand geben, sich akademisches Wissen anzueignen. Nur ein Unwissender kann damit trefsen gehen, daß alle aus dem gleichen Topfe essen. Ein gesellschaftliches System, wie das sozialistische, braucht Intelligenzen. Es ist eben leider

nicht jeder befähigt, auf verantwortlichen und leitenden Posten zu stehen. Gewiß sollen die Talente aus allen Volksschichten geholt werden, aber zu den ersten Stellen sind nur wenige befähigt. Das Geschrei von den Partei- und Gewerkschaftsbundgen ist nur ein elender Fegen, der die Unwissenheit und den Reiz der mundaufreisenden Schreier verbeden soll.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Iassalkanischen Partei wurden Arbeitervereine genannt, die der Eisenacher Gewerkschaftsorganisationen. Beide Benennungen haben ihre tiefe Bedeutung. Die Bezeichnung „Arbeitervereine“ soll offenbart dartin, daß sich die gewerkschaftliche Betätigung nicht im eng begrenzten Gewerbe erschöpfen soll, sondern daß über große Industriezweige das Ziel führen soll zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund. Und tatsächlich haben unsere geistigen Vorkämpfer im Arbeiterbund schon diese Vereinigung gehabt. Die gewerkschaftliche Bezeichnung aber der Eisenacher zeigt den großen Gedanken der Ebe zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften. Und die Gegenwart ist diesem Fias gefolgt. Die Volksfürsorge, die großen Gewerkschaftshäuser und die großen Gebäude unserer Riesenverbände sind sprechende Beweise. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo die „Volksbant“ dieser Ehe als ein vielversprechendes Kind folgen wird. Warum sollen wir mit unserem Geld den Kapitalismus unterstützen? Genossenschaftskapital gegen Privatkapital sei unsere Zukunftsparole.

Zum Kriegführen gehört Geld. Wir können auch unsere Mittel noch auf andere Wege als durch Beiträge aufbringen. Eine Genossenschafts-Großbuchbinderei ist bei den heutigen Stände der allgemeinen Arbeiterbewegung durchaus keine Utopie. Es müßte ein leichtes sein, das Grundkapital hierzu aufzubringen. Bedenken wir einmal den Riesenbedarf an Mühltriebwerken und anderen Formularen, an gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Geschäftsbüchern, vielleicht auch an Kartonnagen und dergleichen.

Wir sind uns alle einig in dem Gedanken, daß die Sozialversicherung vereinheitlicht werden muß. Die verschiedenen Zwangsrentenklassen, Invaliden-, Angefallten-, Unfallversicherungen und staatliche Arbeitslosenversicherung müssen zusammengelegt werden. Man denke an die Kostenverringering und an die beweglichere Handhabung der Geschäfte. Aber zu der Vereinheitlichung gehören auch die Erbschaften. Wir haben darauf hinzuwirken, daß diese so viel wie möglich verschwinden. Die Erbschaften, die früheren freien Hilfsstellen, die aus den Gewerkschaften zur Zeit des Sozialistengesetzes hervorgegangen sind, sollten den Weg wieder zu den Gewerkschaften finden. Wir sollten uns die propagandistische Kraft zu Nutzen machen. Ich bin durchaus unserer Buchbinder-Zentralrentenkasse sympathisch gesinnt, aber das Bessere ist das Gute Feind. Um Inzunüchlichkeit zu vermeiden, wäre eine Verständigung wegen der Poststeuermittelglieder mit dem zuständigen Verband leicht herbeizuführen. Wir dürfen keine Mittel unverfucht lassen, um den Geist der Brüderlichkeit unter unsere Berufsgenossen zu tragen. Je weiter wir dieses System vereinigen, desto mehr wird der Bau der neuen Gesellschaft befestigt werden. Wir müssen der Idealgemeinschaft den Weg bahnen und die Bahn frei machen.

Es wäre noch viel anzuführen. Die Notwendigkeit der Jugendorganisation ist nur angeführt. Unser Geist und unser Ideal, unser Fühlen und Denken muß unseren Kindern eingepflanzt werden.

Die Erfahrung hat mir die Heberzeugung eingehämmert, daß wir unsere Kräfte konzentrieren müssen. Die Gewerkschaften sind sozialistisch, sonst können sie ihren Zweck nicht erfüllen. Die enge Festlegung auf die Lohnfrage heißt Wasser in ein bodenloses Faß füllen. Die Revolution hat auch vor unseren eigenen Organisationen nicht halt zu machen. Die Basis der Parteivereine ist zu schmal, das Fundament der zukünftigen einigen sozialistischen Volkspartei müssen die Gewerkschaften und die Genossenschaften sein. Hier sind die starken Wurzeln unserer Kraft.

Berichte.

Munster. Die am 30. April stattgefundene äußerst zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Fachstelle, zu welcher auch Vertreter der Buchdrucker, Lithographen und Steinbruder anwesend waren, beschäftigte sich mit den Lohnverhandlungen mit der Buchbinder-Zwangsgewerkschaft und dem Verhalten des graphischen Zentralverbandes bei dieser Gelegenheit. Kollege Meyer schilderte die geradezu traurigen Eöhne, wie sie heute noch bei der Innung gezahlt werden. Er berichtete dann über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und über das Bestreben der Innungsmittel, Sonderverträge, natürlich unter dem Reichstakt, abzuschließen. Zum

Schluss unterzog er das Verhalten des graphischen Zentralverbandes einer scharfen Kritik, dessen Vertreter sich fastlich bereit erklärten, dem Vertreten der Innungsmeister stattzugeben. Von den Christlichen hatte natürlich keiner den Mut, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Geleitert Faust-München berichtete sodann über die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern am 19. April in Berlin. Dann entwarf Hedner in großen Umrissen ein Bild unserer wirtschaftlichen Lage, um zum Schluss in bereicherter Weise für die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes einzutreten. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, ein Zeichen, daß es beide Referenten verstanden haben, die Meinung der gesamten Kollegenschaft reiflos zum Ausdruck zu bringen.

Berlin. Die am 23. April stattgefundenen Angelegenheitenzeitigen folgendes Ergebnis. Es wurden insgesamt abgegeben: 7524 Stimmen. Davon entfielen auf die einzelnen Kandidaten nachstehend verzeichnete Stimmen:

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Lists candidates for various roles like Kollege Kaspar, 1. Kassierer, 2. Kassierer, etc., with their respective vote counts.

Es sind somit gewählt: Als Bevollmächtigte: die Kollegen Peter Kaspar und Paul Ralbe, 1. Kassierer: Kollege Franz Bytomski, 2. Kassierer: Kollegin Emilie Wöllner, etc.

Rundschau.

Dr. Der Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes in Hamburg über das Jahr 1920 zeigt in der Gruppe Papier 69 Betriebe mit 278 Arbeitern und 781 Arbeiterinnen über 16 Jahren, sowie 103 Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren, zusammen 1182 Beschäftigte gegen 55 Betriebe mit 352 Arbeitern, 517 Arbeiterinnen und 100 Jugendlichen, zusammen 969 Beschäftigten im Jahre 1913.

Unter der Ueberschrift Arbeitszeit weist der Bericht darauf hin, daß das Schöffengericht einen Arbeitgeber wegen Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit freisprach mit der Begründung, daß der Leiter des Demobilisierungsamtes nicht zum Erlaß der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit befugt gewesen sei. Die Regelung sei somit rechtsungültig. Aber auch wenn sie rechtsungültig wäre, sei jedenfalls die freiwillige Regearbeit nicht ver-

boten. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung wird das Verfahren weitergeführt. Einen Abschnitt des Berichtes haben bürgerliche Blätter fast vollständig abgedruckt. Es heißt darin: „Mit der zunehmenden Erholung des Wirtschaftslebens traten auch die bedenklichen und nachteiligen Wirkungen der starren Festsetzung des Achtstundentages mehr hervor.“ So erfahren die Arbeitgeber nicht nur, wie wenig der Achtstundentag beachtet wird, sondern auch, wie diese gefehliche Anordnung von Behörden und Gerichten bewertet wird. Es wird aber auch darauf hingewiesen, daß bei der milden Handhabung der Arbeitszeitbestimmungen leicht eine bedenkliche Verschlechterung des Arbeiterschutzes eintritt. Das muß vermieden werden, die Vorchrift muß vollständig in das Rechtsbewußtsein des Volkes übergehen. Die Betriebsräte und mit denselben die ganze Arbeiterschaft muß bestrebt sein, jeden Verstoß gegen den Achtstundentag zu verhindern.

Das Elend der arbeitslosen Frauen. Nach offiziellen englischen Berichten sind in England gegenwärtig nicht weniger als rund 240 000 Frauen gänzlich und 2 600 000 teilweise arbeitslos. Das Verhältnis der Arbeitslosen zu den Arbeitslosen ist 30 bis 40 zu 4000. Zu dieser Zahl müssen noch viele Tausende hinzugerechnet werden, die weniger als 12 Monate in einer Branche gearbeitet haben und daher auch keine Unterstützung erhalten können.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 10. Mai bei der Verbandskasse ein von: Bernau 2500,— M., Neuruppin 517,05 M., Rathenow 3000,— M., Stettin 4400,— M., Gau 2 1500 M., Lübeck 2984,44 M., Oldenburg 1500,— M., Rostock 850,— M., Rassel 3000,— M., Arnstadt 650,— M., Erfurt — M., Schlei — M., Duisburg-Ruhrort 1500,— M., Gelsenkirchen 250,— M., Rart, Solingen 2250,— M., Eberstadt 2647,82 M., Gießen-Wehlar 995,30 M., Raing 3000,— M., Marburg 301,60 M., Blauen l. N. 2000,— M., Göttingen 6000,— M., Kirchheim-Teck 4000,— M., Pforzheim 7500,— M., Ulm a. d. D. 1375,85 M., Gau 16 1000,— M., Nürnberg-Fürth 33 000,— M. Fr. Vender.

Literarisches.

Wie beurteilt man eine Bilanz? Das Gesetz über die Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vom 5. Februar 1921, welches auf Grund des § 72 des Betriebsvertrages erlassen ist, stellt die Betriebsvertretungen vor neue wichtige Aufgaben. Es ist den Betriebsvertretungen Gelegenheit geboten, auf Grund dieses Gesetzes in die Zusammenhänge der Betriebsführung tiefer einzudringen und ihre so gewonnenen Kenntnisse im Interesse der Allgemeinheit zu verwerten. Um den Betriebsvertretungen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte aus diesem Gesetz reiflos geltend zu machen, ist im Verlage der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes eine Betriebsrätezeitung, Heft 10: „Wie beurteilt man eine Bilanz?“ erschienen. In dieser Schrift sind in erschöpfender Weise die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Bilanz behandelt. Die verschiedenen für die Beurteilung einer Bilanz wichtigen Grundfälle sind eingehend dargelegt. Die Schrift enthält außerdem den Text des Bilanzgesetzes mit ausführlichem Kommentar, sowie sämtliche weiteren für die Aufstellung einer Bilanz wichtigen gesetzlichen Bestimmungen und eine Literaturangabe.

Der Verlag der Zentrale der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bereits vor längerer Zeit eine Betriebsrätezeitung, Heft 6: „Was ist eine Bilanz?“, herausgebracht, in welcher der technische Aufbau der Bilanz geschildert ist. Durch das Studium beider Schriften ist jedes Mitglied einer Betriebsvertretung in der Lage, sich eine gründliche Kenntnis der Zusammenhänge der Bilanz anzueignen, um dem Unternehmer gegenüber sachverständig aufzutreten. Der Preis für Gewerkschaftsmitglieder beträgt für Heft 6 0,90 M., für Heft 10 1,80 M., für Nichtmitglieder 1,80 M. bzw. 3,60 M. Die Anschaffung dieser Schriften kann sowohl den Betriebsvertretungen als auch den Gewerkschaftsmitgliedern überhaupt dringend empfohlen werden. Bestellungen sind von den Ortsgruppen, Ortsausschüssen, Ortskartellen und örtlichen Betriebsrätezentralen an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, z. B. des Kassierers Hermann Rube, Berlin SO. 16, Engelsufer 14/15 IV (Postcheckkonto Nr. 7930, Hermann Rube, Berlin) oder an den Allgemeinen freien Angestelltenbund, Berlin NW. 52, Werffstr. 7 (Postcheckkonto Nr. 72 280, S. Aufhäuser, Berlin) zu richten. Die Betriebsräte und Verbandsmitglieder wollen ihre Bestellungen den örtlichen Körperschaften aufgeben.

ANZEIGEN

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung

betreffend die Wahlen der Vertreter und Erfahmänner zum Ausschuss der Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.

Auf unser Wahlaus Schreiben vom 9. April 1921 ist von seiten der Arbeitgeber nur ein Wahlvorschlagn der Vertreter und Erfahmänner zum Ausschuss eingereicht und dieser vom Vorstand gemäß § 8 der Wahlordnung als gültig anerkannt worden. Gemäß § 9 a. a. O. gelten die darin verzeichneten Personen als gewählt, und zwar, daß die von 1-30 Benannten als Vertreter, die von 31-90 Benannten als Erfahmänner zu gelten haben.

Für die Vertreter der Versicherten sind zwei Wahlvorschlagn, bezeichnet als Liste 1 und 2, eingereicht und findet dementsprechend die Wahl an dem festgesetzten Tage statt.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe in der Größe von 9 : 12 Zentimeter sein.

Stimmzettel, die von diesen Bestimmungen abweichen, sind ungültig, wenn das Abweichen die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht (§ 12 der Wahlordnung).

Der Vorstand.

R. Gottesmann, Vors. Fr. Reese, Schriftf.

2 Schneidemaschinen eine 80 cm, eine 90 cm, für Hand- bzw. Kraftbetrieb nach Hamburg gerichtet. Angebote erbeten unter S. G. 31 356 Altona-Grabenstein & Vogler, Hamburg.

Wastein Sie! Tisch-Hobelbänke! D. N. R. G., 1000fach benützt, äußerst praktisch, an jedem Tisch passend. Vorpresse gratis. Schrader & Co., Leipzig. 134

Grüne u. blaue Berufsschürzen, welche Buchbinder gewerbe viel getragen werden, liefert in erstklassiger Qualität und Farbe zu Bezugspreisen à M. 28.— b. Sied. an Mitglieder d. Ztg. A. C. Volz Berufsschürzenfabr. Stuttgart, Mollatstr. 77, Tel. 2355. Bestell. durch d. Zeitstellen erb. Einzelverkauf geg. Nachnahme.

Als Spezialität liefert zu billigsten Tagespreisen feinstes Bilderglas Adolf Rommel, Köln i. Rh. Glasgroßhandlg. Agrippastr. 68/74

la graue Buchbinder-Pappen in allen Stärken, liefert preiswert Heinrich Doll Uwe., München Burgstr. 11, Fernruf 25007.

Die neuen Reichstarife für die Etuis- und Kartonnagen-Industrie und für die Wellpappen-Industrie sind im Druck erschienen und durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen. Es kostet der Reichstarif für die Etuis- und Kartonnagenindustrie 75 Pf. und der Reichstarif für die Wellpappenindustrie 50 Pf. Do es sich um ganz neue Tarifabschlüsse handelt, liegt es im eigenen Interesse aller in den betreffenden Branchen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, sich die Tarife zu beschaffen.